



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

# SICHERHEIT SCHWEIZ



Lagebericht 2014  
des Nachrichtendienstes des Bundes



**Sicherheit Schweiz  
2014**





# Inhaltsverzeichnis

<b>Abwehr stärken</b>	<b>5</b>
<b>Der Lagebericht in Kürze</b>	<b>6</b>
<b>Strategisches Umfeld im Wandel</b>	<b>8</b>
<b>Schwerpunkt: Informationssicherheit nach der Affäre Snowden</b>	<b>18</b>
<b>Dschihadistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus</b>	<b>25</b>
<b>Ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus</b>	<b>39</b>
<b>Rechts-, Links- und Tierrechttextremismus</b>	<b>45</b>
<b>Proliferation</b>	<b>57</b>
<b>Verbotener Nachrichtendienst</b>	<b>65</b>
<b>Angriffe auf Schweizer Informationsinfrastrukturen</b>	<b>73</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>81</b>



## Abwehr stärken

Die Schweiz pflegt mit praktisch allen Staaten der Welt gute Beziehungen. Trotzdem hat uns das vergangene Jahr die alte Erkenntnis bestätigt, dass Staaten letztlich nur Interessen kennen und keine Freunde. Vertrauen scheint zwar für gut befunden zu werden, Kontrolle aber als besser. Die Snowden-Dokumente haben die Dimension der heutigen internationalen Überwachung und Spionage gezeigt. Alle international übertragene Kommunikation, die nicht besonders geschützt ist, wird erfasst, gespeichert und ausgewertet. Wo es möglich ist, geschieht dies auch innerhalb von fremden Staaten. Der Anspruch ist, jederzeit auf jede elektronisch gespeicherte oder übertragene Information zugreifen zu können.

Diese Doktrin beschränkt sich nicht nur auf die USA. Im Gegenteil, die Enthüllungen über die Fähigkeiten der NSA und ihrer Verbündeten werden den Ehrgeiz anderer Länder antreiben, es ihr gleichzutun oder sie noch zu übertreffen. Ich beurteile deshalb die Aussichten auf griffige internationale Regelungen der Spionage, auch als No-Spy-Abkommen in der Diskussion, als klein. Kein Land wird sich die Möglichkeit nehmen lassen, zur Wahrung wichtiger Interessen auch in die Interessen anderer Länder einzugreifen. Man erinnere sich nur an die weiterhin deklarierte Bereitschaft, gestohlene Bankdaten aufzukaufen, oder die permanenten Cyberattacken auf internationaler Ebene.

Selbstverständlich sind die Beziehungen zu anderen Ländern weiterhin zu pflegen und sektoriell allen nutzbringende Abkommen zu schliessen. Die Schweiz muss sich aber gleichzeitig auch wappnen und bereithalten, ihre Interessen zu wahren und zu verteidigen.

Dazu gehören zwei Massnahmen: Erstens der weiterhin offene internationale Dialog auf Augenhöhe unter souveränen Staaten und zweitens die Stärkung der Abwehr gegen Bedrohungen der inneren und äusseren Sicherheit und weiterer wesentlicher Landesinteressen.

Ein leistungsfähiger Nachrichtendienst, der politisch gesteuert und wirksam kontrolliert wird, ist für die Abwehr ein unverzichtbares Element. In einem demokratischen Staat muss er die Bevölkerung schützen und darf nur soweit in ihre Freiheitsrechte eingreifen, wie es für das frühzeitige Erkennen und Bekämpfen von Bedrohungen absolut notwendig ist. Das war und ist die Richtlinie, die von Anfang an für das neue Nachrichtendienstgesetz gegolten hat. Seine Massnahmen sollen weit gehen können, aber nur in den wenigen Fällen, wo sie absolut unverzichtbar sind. Das ist der entscheidende Unterschied zu ausländischen Nachrichtendiensten, die ihre Kompetenzen zu äusserst breitflächigen Überwachungen einsetzen.

Stärken wir unsere Abwehr nicht, sind wir diesen Praktiken erst recht ausgeliefert und sind auch kein ernstzunehmender Verhandlungspartner am diplomatischen Tisch. Die Schweiz braucht deshalb das Nachrichtendienstgesetz als ein modernes, auf die heutige Lage ausgerichtetes Regelwerk, das die richtige Balance aufweist.



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

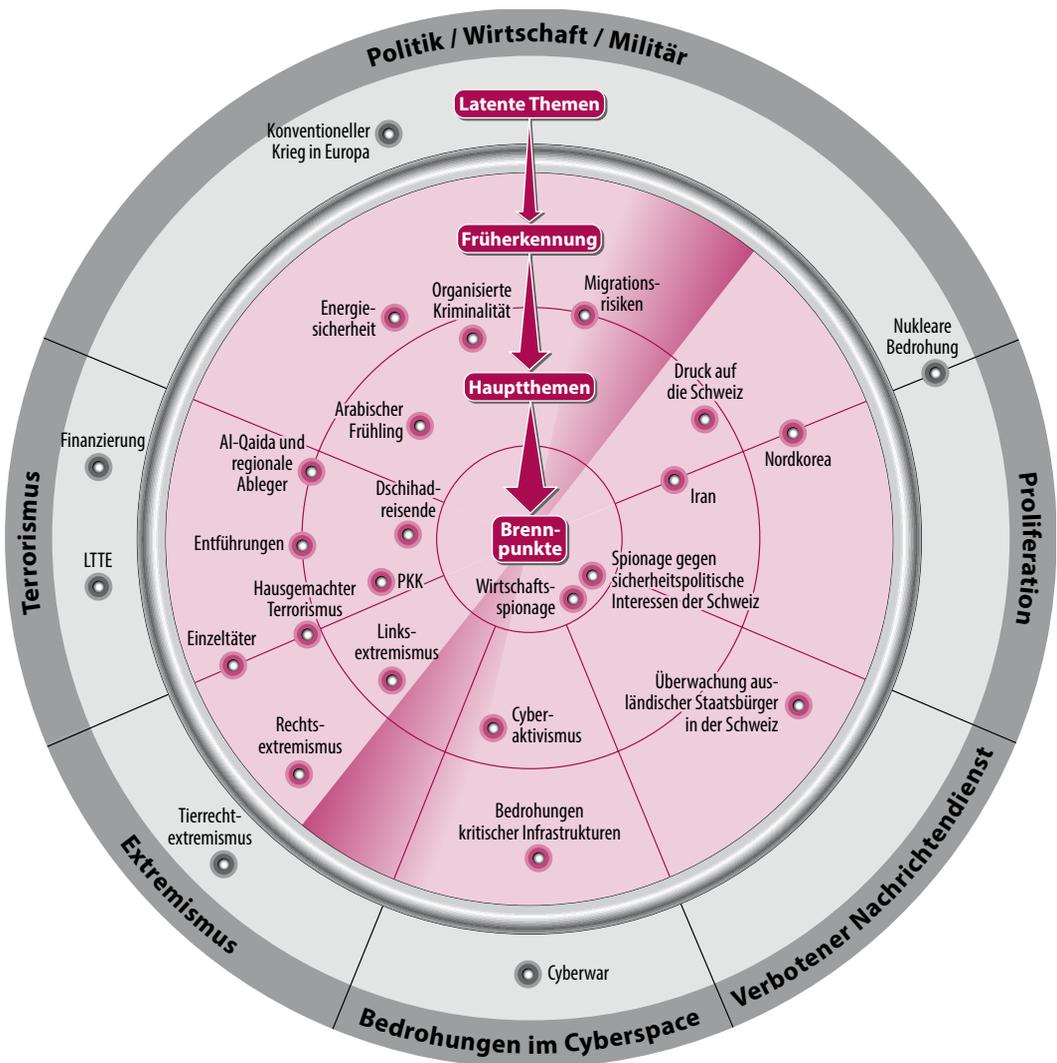
A handwritten signature in black ink, which appears to be 'Ueli Maurer'. The signature is fluid and cursive, written over a white background.

Ueli Maurer  
Bundesrat

## Der Lagebericht in Kürze

Wie sicher ist die Schweiz? Was sollte die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz beunruhigen, von wem werden wir bedroht und wodurch gefährdet? Der Lageradar des NDB bietet für diese Fragen einen Überblick aus sicherheitspolitischer Sicht; er zeigt aus der Optik des NDB, was die Schweiz im Bereich Sicherheit derzeit hauptsächlich beschäftigt und welche Gefährdungen derzeit nur latent vorhanden sind.

- Langfristig gesehen und im Unterschied zu sehr vielen anderen Ländern befindet sich die Schweiz in einer sehr stabilen und ruhigen sicherheitspolitischen Situation. Trotzdem stehen gleich zwei Themen des verbotenen Nachrichtendienstes im Brennpunkt des Lageradars.
- Weiterhin wird in der Schweiz verbotener Nachrichtendienst betrieben. Es ist dabei nicht neu, dass die Informationsabschöpfung immer häufiger über Informatikmittel stattfindet. In den Brennpunkt gerückt wurde die Informationssicherheit aufgrund der Erkenntnisse aus der Affäre um Edward Snowden. Namentlich durch die enge Zusammenarbeit der USA mit Schlüsseltechnologiefirmen, die möglicherweise bis zur Korrumpierung der Produktesicherheit reicht, erreichen die Möglichkeiten illegaler Informationsabschöpfung durch Nachrichtendienste eine neue Dimension. Dabei geht die Problematik über den verbotenen Nachrichtendienst hinaus, denn Daten können nicht nur abgeschöpft, sondern auch verändert oder vernichtet werden.
- Das strategische Umfeld der Schweiz ist zum einen geprägt vom Wandel des internationalen Systems, ausgelöst von der allmählichen Verschiebung der machtpolitischen Gewichte vom Westen in den asiatischen Osten und in den Süden. Zum andern zeichnen sich in unserem unmittelbaren Umfeld immer noch mehrere Jahre des Krisenmanagements zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise und der Folgen des arabischen Frühlings ab. Russland konsolidiert sich politisch, wirtschaftlich und militärisch und verstärkt seine Einflussnahme besonders in Europa. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist nach wie vor eines der grossen Problemfelder unserer Zeit.
- Kaum verändert haben sich die Bedrohungen in den Bereichen Terrorismus und Extremismus. Weiterhin ist die Schweiz kein prioritäres Ziel dschihadistisch motivierter Anschläge, doch sind Schweizer Bürgerinnen und Bürger namentlich in Konfliktzonen des islamischen Raums einem erhöhten Entführungsrisiko ausgesetzt und können Opfer dschihadistischer Gewalt- oder Terrorakte werden. Zugenommen hat die Anzahl der Dschihadreisenden aus Europa, insbesondere nach Syrien. Kehren Dschihadreisende ideologisch indoktriniert und kampferprobt zurück, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie hier zum Beispiel Anschläge verüben oder als Vorbild für die Anwerbung weiterer Dschihadisten dienen. Obwohl das Potenzial des Gewaltextremismus jeglicher Couleur weiterhin besteht, ist die Lage in der Schweiz derzeit entspannt.



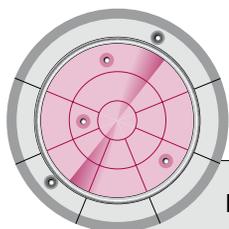
## Strategisches Umfeld im Wandel

Das internationale System nähert sich dem Ende des unipolaren Zeitalters, wie es seit dem Ende des Kalten Kriegs vorherrscht. Die machtpolitischen Gewichte – gemessen an Faktoren wie Wirtschaftskraft, Bevölkerungszahl, Militärausgaben und Investitionen in neue Technologien – verlagern sich allmählich vom Westen in den asiatischen Osten und in den Süden. Die USA und Europa werden einflussreich bleiben, aber möglicherweise den Zenit ihrer Macht überschreiten und mehr Platz einräumen müssen für Mächte wie China, Indien oder Brasilien, die bereits wichtige Akteure der Weltwirtschaft darstellen (von der G-8 zur G-20). Damit werden die Entwicklungen in Asien und insbesondere jene der Konfliktlagen auf der koreanischen Halbinsel, im Ost- und Südchinesischen Meer und auf dem indischen Subkontinent aufgrund ihrer Bedeutung für die Stabilität der Weltwirtschaft auch an Bedeutung für die Schweiz gewinnen. In Afrika hat die Destabilisierung der Sahelzone – eine Konsequenz unter anderem des Umbruchs in Libyen nach Qaddafi

– noch schwer absehbare Folgen für Mali und den westlichen Sahel bis weit nach Osten ans Horn von Afrika – mit Auswirkungen auf die humanitäre Lage, Migrationsströme sowie die Sicherheit von lokalen Bevölkerungen und internationalen Interessen. Darüber hinaus ist das unmittelbare strategische Umfeld der Schweiz weiterhin geprägt von den politischen und wirtschaftlichen Folgen der Schuldenkrise in Europa, der wachsenden Einflussnahme Russlands auf dem europäischen Kontinent und den nach wie vor schwer vorhersehbaren Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten in der Folge des arabischen Frühlings.

### Schuldenkrise: Noch viele Jahre des Krisenmanagements notwendig

In der europäischen Schuldenkrise sind erste Schritte im Krisenmanagement gemacht, und harte Strukturreformen besonders in den Ländern der Peripherie sind im Gange. Aber weitere, politisch schwierige Massnahmen stehen noch bevor und werden den grössten Teil des laufenden Jahrzehnts in Anspruch nehmen. Nachdem 2013 ein Hilfsprogramm für Zypern notwendig wurde, werden Portugal und Griechenland wahrscheinlich weitere Unterstützung benötigen. Irland versucht, ab 2014 wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Darüber hinaus wird das europäische Bankensystem, dessen Bilanzsumme immer noch dreimal grösser ist als die jährliche Wirtschaftsleistung des Kontinents, im Hinblick auf eine Stabilisierung der Finanzsysteme weiter schrumpfen sowie grosse



#### Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Punkten „Migrationsrisiken“ und „organisierte Kriminalität“. Auf diese beiden Punkte wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.

zusätzliche Abschreibungen und Rücklagen vornehmen müssen. Die Kreditvergabe wird dadurch über Jahre eingeschränkt bleiben, was die wirtschaftliche Erholung verzögern wird. Politische Krisen wie 2013 in Zypern, Griechenland, Portugal und Italien schlagen regelmässig auf die Ebene der Eurozone durch. Fortan wird auch der angekündigte graduelle Ausstieg in den USA aus der expansiven Geldpolitik im international stark vernetzten Finanzsystem Erschütterungen bis nach Europa verursachen.

Die Bewältigung dieser tiefgreifenden wirtschaftlichen Krisenlage ist ein Testfall für die politische Ordnung Europas und damit für das unmittelbare Umfeld der Schweiz. Die europäische Einigung, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg kennen, ist unvermittelt nicht mehr eine unveränderliche Gewissheit. Der politische Wille, die Errungenschaften der Integration zu verteidigen, gewinnt bisher zwar immer wieder die Oberhand über einen politisch sehr schwierigen Prozess des Krisenmanagements. Aber auch heute noch könnte ein schockartiger Vertrauensverlust in das angeschlagene europäische Bankensystem die gemeinsame Währung und anschliessend den gemeinsamen Markt gefährden. Dies würde zu gravierenden politischen und sozialen Verwerfungen führen. Aber auch in einem langsameren, über Jahre erstreckten Verlauf der wirtschaftlichen und sozialen Krise, in dem die EU, der Euro und der gemeinsame Markt überdauern, wird Europa vor erhebliche Herausforderungen gestellt sein: Leere Staatskassen, steigende soziale Spannungen, zunehmend populistische politische Neigungen und teilweise Renationalisierung der Aussen- und Sicherheitspolitik können euro-

paweit zu einem Legitimationsverlust der EU-Institutionen und zu Gewinnen euroskeptischer Parteien führen. Insgesamt könnte sich in einer Phase, in der die EU-28-weite Integration stark gebremst ist, die Entwicklung eines Europa mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten als ein Lösungsansatz erweisen. Weitere Integrations-schritte sind zwar möglich, könnten sich aber inskünftig auf die Eurozone-18 oder eine noch kleinere Kernzone beschränken. So einigte sich die Eurozone 2013 erstmals darauf, die nationalen Haushalte vor der Genehmigung durch die nationalen Parlamente einer Prüfung in Brüssel unterziehen zu lassen. Im selben Jahr bildete sich auch eine Kerngruppe von elf Ländern (inklusive Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien) für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. 2014 werden zusätzliche umfangreiche Kompetenzen zur Überwachung des Bankensystems in der Eurozone an die Europäische Zentralbank vergeben werden.

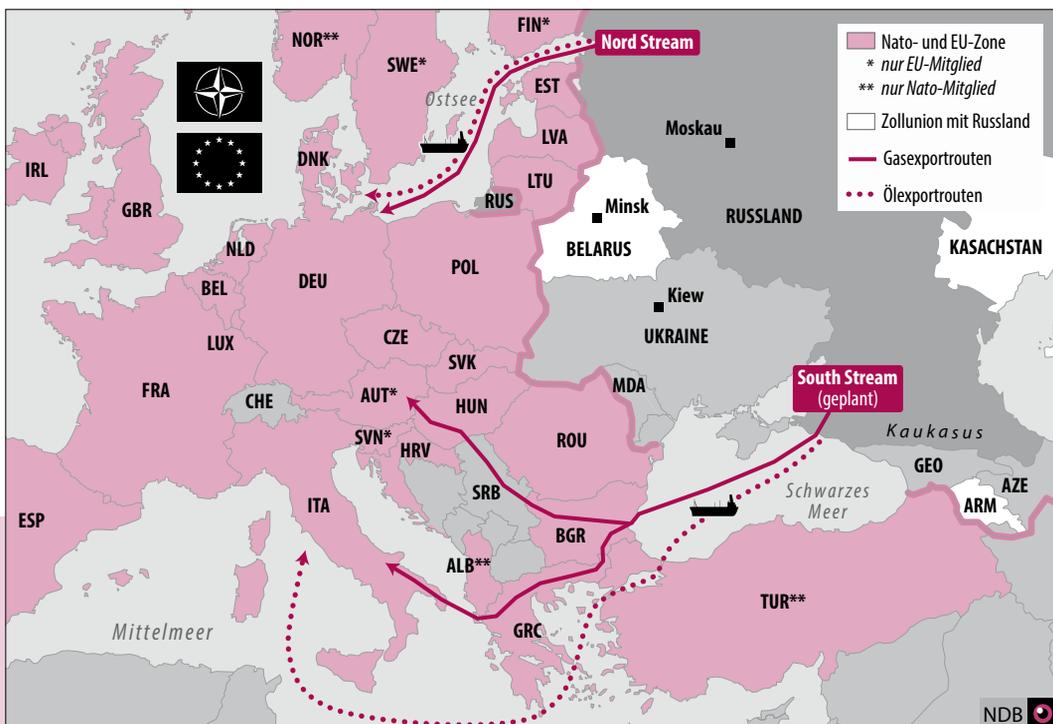
Für die Schweiz als integralen Teil Europas ist die Stabilisierung der Eurozone zunächst von grösster wirtschaftlicher Bedeutung. Eine Verschärfung der Schuldenkrise auf grosse EU-Länder und deren Bankensysteme birgt weiterhin erhebliche Risiken für unsere eigene Wirtschaft. Aber auch die Politik ist stark gefordert. Der Wandel der europäischen Ordnung wird die Schweiz an unterschiedlichen Fronten unter Normierungs- und Solidarierungsdruck halten. Unsere offene Volkswirtschaft steht in einem zunehmend härter geführten Wettbewerb um Arbeitsplätze und Steuersubstrat. In vielen Fällen werden schwierige Abwägungen von politischen und wirtschaftlichen Landesinteressen notwendig werden.

## Russland verstärkt seine Einflussnahme in Europa

Für ein Europa in der Krise können sich mittelfristig auch die sicherheitspolitischen Risiken wieder erhöhen. Russland ist daran, sich intern zu konsolidieren und sein Augenmerk wieder vermehrt nach aussen zu richten. Dabei räumt Moskau den Herausforderungen an seiner Südflanke, aber auch dem weiten Raum an seiner Westflanke Priorität ein. Ziel Russlands ist es, mittels der gezielten Schaffung und Nutzung von vorwiegend wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten einen Puffer zwischen sich und dem Westen zu reetablieren, den es nach seiner eigenen Einschätzung mit den Osterweiterungen von EU und Nato verloren hat. Ende 2011 hat Belarus unter grossem Druck seine strategischen Wirtschaftssektoren an Russland verkauft. Ende 2012 gewann in Georgien ein Premierminister mit starken Verbindungen nach Russland die Parlamentswahlen, und sein Kandidat siegte 2013 bei den Präsidentschaftswahlen. Ende 2013 wurde Armenien abrupt in die russisch dominierte Zollunion gezogen. Und Ende 2013 paraphierte

Moldova zwar das Freihandelsabkommen mit der EU, sieht sich deshalb jedoch steigendem russischem Druck ausgesetzt. Den Fokus dieser starken west-östlichen Konkurrenz stellt die Ukraine dar, die derzeit von einer heftigen politischen Krise erschüttert wird. Während der Westen des Kontinents mit der Schuldenkrise absorbiert ist, hat sich Russland mit jahrelangem systematischem Druck über eine breite Palette von Machtmitteln in eine günstige Position versetzt, um auch eine neue Regierung in ihrem Handlungsspielraum einzuschränken und das Ziel weiterzuverfolgen, die Ukraine mittelfristig im eigenen Einflussbereich zu verankern.

Diese Entwicklung hat auch Bedeutung für die Schweiz. Während der russische Einfluss in Osteuropa eine graduell steigende Tendenz zeigt und bis weit nach Zentral- und Westeuropa hineinreicht, führt im Westen die lange wirtschaftliche Krisenlage, gekoppelt mit einer verstärkten Orientierung der USA hin zum asiatisch-pazifischen Raum, zu vermehrten Unsicherheiten über die künftige Wahrnehmung der europäischen und transatlantischen Nato-Bündnisverpflichtungen. Damit sind die



Voraussetzungen für eine erneute west-östliche machtpolitische Konkurrenz in Europa geschaffen, eine Konkurrenz, die im überwunden geglaubten Ost-West-Konflikt der vergangenen Jahrhunderte historisch verwurzelt ist. Diese Konkurrenz kann zwischen dem Baltikum und dem Balkan ganz unterschiedliche Intensitäten und Ausprägungen annehmen. Sie wird auch die von der Schweiz in den letzten beiden Jahrzehnten stark entwickelten politischen und wirtschaftlichen Beziehungsgeflechte in Europa tangieren können. Insbesondere werden die Möglichkeiten, wie Russland seine Beziehungen zur Einflussnahme auf die schweizerischen und europäischen politischen und wirtschaftlichen Prozesse nutzt, vermehrt in den Fokus der Behörden geraten.

### Militärische Potenziale in Westeuropa abnehmend, in Russland zunehmend

Sowohl die Schuldenkrise wie das Erstarren Russlands widerspiegeln sich auch in der Entwicklung der militärischen Potenziale in Europa. Bei west- und mitteleuropäischen Streitkräften werden Verteidigungs- und Rüstungsausgaben tendenziell gekürzt; Mittel und Truppenbestände werden reduziert. Der Trend geht weg von herkömmlichen Verteidigungsarmeen und hin zu Interventionsarmeen mit rasch einsetzbaren, flexiblen und modular aufgebauten Verbänden.

Damit verbunden ist vielerorts eine Professionalisierung der Streitkräfte, was sich positiv auf die Bereitschaft, den Ausbildungsstand und damit auf die allgemeine Leistungsfähigkeit der Streitkräfte auswirkt. Schwere Mittel zur konventionellen Kriegführung werden aber fortlaufend reduziert und nur teilweise durch neue spezifische Fähigkeiten ersetzt. Bei den europäischen Luftwaffen werden trotz beachtlichen Investitionen in Kampfflugzeugflotten Fähigkeitslücken entstehen. Die Zahl der Länder ohne Kampfflugzeuge und damit ohne die Fähigkeit zur Durchführung des Luftpolizeidienstes wird zunehmen. Die Verteidigung der einzelnen Staatsgebiete wird vermehrt an die Nato und die EU delegiert. Bei der Umsetzung der dem zugrundeliegenden Kooperationsprogramme (Smart Defense / Pooling and Sharing) zeigen sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten.

#### Ukraine

Ende Februar hat Russland den seit vielen Jahren ausgetragenen Konflikt mit der Ukraine eskaliert und die militärische Kontrolle über die Halbinsel Krim übernommen. Damit hat die russische Führung den schwersten Ost-West-Konflikt in Europa seit dem Ende des Kalten Kriegs ausgelöst. Die Krise ist der bisher deutlichste Hinweis darauf, wie sich das strategische Umfeld der Schweiz verändert. Der NDB hat hierzu regelmässig berichtet, ausführlich etwa im Lagebericht 2013: Russland erstarbt, anerkennt die Osterweiterungen von Nato und EU nicht und demonstriert den politischen Willen, den Status quo herauszufordern. Europa tritt damit definitiv in eine Ära ein, in der die Konkurrenz um west-östliche Einflusszonen wieder stärker hervortritt. Diese Konkurrenz wird unter Einsatz von politischen, wirtschaftlichen und auch mit militärischen Mitteln in einer breiten Zone von Finnland über Osteuropa bis in den Südkaukasus ausgetragen.



Und die Frage, wie die USA in einer Ära aufstrebender machtpolitischer Pole im asiatischen Osten ihre traditionelle Verantwortung für die Stabilität der Ordnung in Europa inskünftig wahrnehmen werden, stellt sich mit einer Deutlichkeit wie seit 1945 nicht mehr. Insgesamt ist über die nächsten zehn Jahre in West- und Mitteleuropa von einer weiteren Schwächung der Verteidigungsfähigkeiten auszugehen.

Demgegenüber erhöht Russland seit der Jahrtausendwende kontinuierlich seine Verteidigungsausgaben. Es finanziert damit tiefgreifende Streitkräftereformen, erstmals in dieser Ernsthaftigkeit seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Niedergang der Roten Armee. Seit 2011 läuft ein auf über 500 Milliarden Franken dotiertes zehnjähriges Rüstungsprogramm. Es wird eine breite Modernisierung des mehrheitlich veralteten Materials bewirken, auch wenn das Programm am Ende nicht vollständig umgesetzt wird. Bei den Luftstreitkräften sind Fortschritte bereits sichtbar. Ansehnliche Stückzahlen moderner Kampfflugzeuge befinden sich im Zulauf. Eine Erhöhung der Luftbetankungskapazitäten wird angestrebt. Die Streitkräftereformen umfassen auch schlankere Kommandostrukturen, die sich über die nächsten Jahre einspielen dürften. Zudem weist ein neues Wehrmodell im Kern einen deutlich höheren Anteil an Vertragssoldaten und ein neues professionelles Korps von Unteroffizie-

ren aus. Damit kehrt Moskau dem Massenheer sowjetischer Prägung konzeptionell endgültig den Rücken. Wegen der anhaltend rückläufigen demografischen Entwicklung liegt der tatsächliche Truppenbestand allerdings derzeit rund ein Viertel unter dem Soll von einer Million Mann. Dennoch dürften die russischen Streitkräfte insgesamt über die nächsten zehn Jahre substanzielle Fähigkeitssteigerungen realisieren.

### **Militärische Bedrohungen bleiben nachgeordnet**

Militärische Potenziale im engeren Umfeld der Schweiz bleiben – wenn auch in immer geringerem Umfang – weiterhin vorhanden, werden allerdings hauptsächlich im Nato-Rahmen bereitgestellt. Russland hat seine langsame, aber systematische militärische Konsolidierung an die Hand genommen. Erkennbare Priorität haben dabei die Sicherung seiner Südflanke und die Konsolidierung einer Pufferzone gegenüber der Nato an der Westflanke. Von seiner Absicht, sehr langfristig (über 2025 hinaus) auch wieder über das Potenzial zu verfügen, um einen allfälligen konventionellen Grosskonflikt mit dem Westen bestehen zu können, ist auszugehen. Die nukleare Triade (land-, see- und luftgestützte Systeme) bleibt noch für eine lange Zeit seine Rückversicherung.

Unter der Annahme einer einigermaßen stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in Russland, wofür der Rohstoffreichtum des Landes grundsätzlich gute Voraussetzungen liefert, werden den Streitkräftereformen substanzielle finanzielle Mittel zufließen. Damit werden die Streitkräfte über die nächsten zehn Jahre an konventionellen Fähigkeiten gewinnen – bei

#### **Der Militärische Nachrichtendienst**

Der Militärische Nachrichtendienst (MND) ist das permanente, oberste Nachrichtenorgan der Armee. Nebst anderen Aufgaben unterstützt er die laufenden oder in Planung stehenden Einsätze der Armee. Er leistet zudem einen wesentlichen Beitrag zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Armee, indem er die Einsätze zum Beispiel anderer Armeen und die Entwicklung im Militär- und Sicherheitsbereich mitverfolgt und analysiert. Im Rahmen dieser Aufgabe hat der MND am vorliegenden Bericht als Autor mitgewirkt.

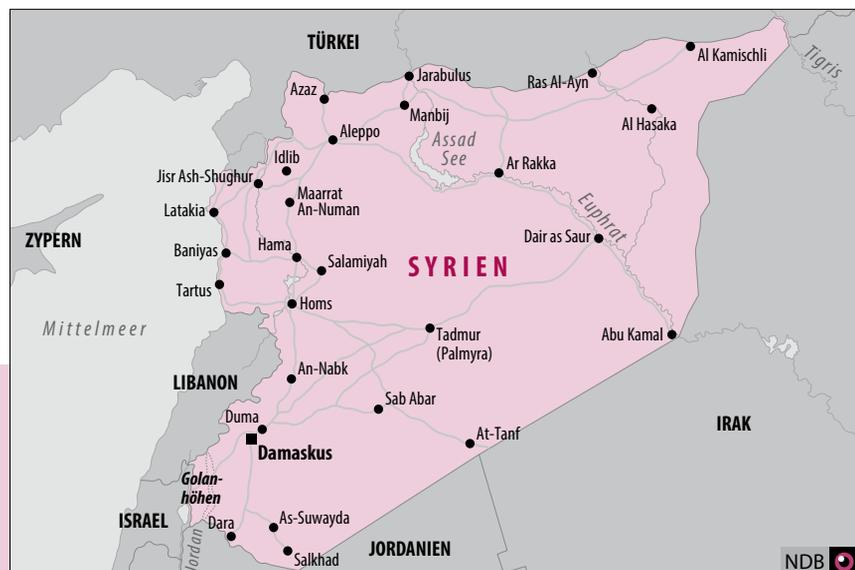
der Luftwaffe rascher, bei den Landstreitkräften und der Marine langsamer. Diese Fähigkeiten werden dannzumal ausreichen, um seine Interessen in einer Zone gegenüber der Nato-Ostgrenze zu konsolidieren. Einzelne kritische Schlüsselfähigkeiten für die Führung eines Grosskriegs in Zentraleuropa werden jedoch auch in zehn Jahren nach wie vor fehlen. Dazu gehört etwa die Aufklärung und Logistik für raumgreifende Operationen, wie dies für eine Front in Zentraleuropa notwendig wäre. Diese Entwicklung wäre während ihrer Entstehung in wesentlichen Elementen erkennbar.

Ausserhalb Zentraleuropas kann der Einsatz von militärischen Mitteln hingegen an der gesamten europäischen Peripherie ohne grosse Vorwarnzeit erfolgen. Dank neuen Technologien können heute weltweit begrenzte risikoreduzierte militärische Aktionen mit kurzen Vorbereitungszeiten aus dem rückwärtigen Raum ausgelöst und mit hoher Präzision durchgeführt werden. Durch die anhaltende Proliferation der Technologien für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen entwickelt sich auch die Bedrohung für die Schweiz aus entfernten Regionen weiter. Darüber hinaus kann beobachtet werden, dass die Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt

unterhalb der Kriegsschwelle weiter am Sinken ist, sei dies im Bereich von Cyberangriffen oder nachrichtendienstlichen Aktivitäten oder sei es im Bereich von terroristischen Aktivitäten und der Bekämpfung derselben.

### Arabischer Frühling und der Umbruch im Nahen und Mittleren Osten

Auch in der südlichen Nachbarschaft Europas ist noch immer ein tiefgreifender Umbruch im Gange, der sich mittlerweile ins vierte Jahr nach den Revolten von 2011 zieht. 2013 ist in Ägypten, der historischen Führungsmacht in der Region, die erste frei gewählte Regierung nach dem Machtwechsel durch einen Putsch beseitigt worden. Seither dominieren wieder die Militärs und drängen die Muslimbruderschaft erneut in den Untergrund. Die innere Sicherheit bleibt prekär, und vor den neuen Machthabern türmen sich derweil die wirtschaftlichen Herausforderungen auf. In Syrien scheint der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht: Das Regime griff 2013 wahrscheinlich mehrfach zum Mittel des Chemiewaffeneinsatzes, entging einer amerikanischen militärischen Vergeltung nur knapp und gräbt sich seither in der Hauptstadt und strategisch wichtigen Regionen und Achsen immer tiefer ein. Den zerstrit-



tenen Rebellenorganisationen gelingt es dabei nicht, eine in den Augen der Mehrheit der Syrer glaubwürdige Alternative aufzubauen. Immerhin ist ein Prozess in Gang gekommen, die grossen Bestände an chemischen Kampfstoffen dem Zugriff der Kriegsparteien mehrheitlich zu entziehen. Auch in zahlreichen anderen Ländern der Region überwiegen Probleme der inneren Sicherheit, enger werdender wirtschaftlicher Spielräume und der ungelösten Integration des politischen Islams. Zwar hat die Welle der Revolte seit 2011 keine weiteren Staaten erfasst und insbesondere die für die globale Energieversorgung wichtigen Golfmonarchien wurden – mit der Ausnahme von Bahrain – bisher kaum betroffen. Aber die Folgen der Ereignisse sind über die Region hinaus zu spüren. Die Sahelzone, wo seit Ende 2012 eine von Frankreich angeführte internationale Intervention mit Zentrum in Mali läuft, ist durch den Machtwechsel in Libyen zusätzlich destabilisiert worden.

Der Ausgang dieses Umbruchs ist nach wie vor offen. In Syrien wird das Regime möglicherweise überleben – zwar ohne Kontrolle über grosse Randgebiete des Landes, aber als legitimer Ansprechpartner der internationalen Gemeinschaft. Ägypten, Tunesien und Libyen ringen mit unterschiedlichen Strategien und Mitteln um eine Stabilisierung der Machtverhältnisse. Die Schweiz unterstützt den schwierigen und langwierigen Transformationsprozess in diesen Ländern. Aber sie kann sich den Risiken im südlichen und östlichen Mittelmeerraum nicht entziehen: Die wirtschaftliche Entwicklung ist zurückgeworfen, die innere Sicherheit problematisch. Es kommt zu unkontrolliertem Zufluss und Abfluss von Waffen, und es öff-

nen sich neue Freiräume für terroristische oder kriminelle Organisationen. Für die Schweiz werden deshalb eine ganze Reihe von Problemfeldern die unverminderte Aufmerksamkeit der Behörden verlangen: Die Bedrohung der Sicherheit von Staatsangehörigen und diplomatischen Vertretungen in der Region, terroristische Bedrohungen und Entführungsfälle, die Störung von Handel und Energieversorgung, die Bewältigung von Sanktionsregimen und Potentatengeldern sowie die Migration aus den Krisengebieten.

### **Schwerpunktthema Informationssicherheit nach der Affäre Snowden**

Im Sommer 2013 rückten die durch Edward Snowden ins Rollen gebrachten Enthüllungen die Kommunikationsüberwachung durch Nachrichtendienste ins Scheinwerferlicht der weltweiten Öffentlichkeit. Nicht nur Hacker gefährden im Einzelfall die – weit über den Datenschutz hinausreichende – Informationssicherheit, sondern auch Staaten beeinträchtigen diese potenziell auf umfassende Weise. Die Problematik erhält dadurch eine sicherheitspolitische Dimension. Staaten beziehungsweise deren Nachrichtendienste beschaffen zum einen durch Kommunikationsüberwachung und aktives Eindringen in Informatiksysteme vertrauliche Informationen auf breiter Front. Sie können diese zum anderen unter Umständen auch verfälschen und so sogar Prozesse und Infrastrukturen sabotieren. Insbesondere die mutmasslich enge Zusammenarbeit der USA mit Schlüsseltechnologiefirmen bis hin zur möglichen Korrumpierung der Produktesicherheit stellt eine neue Dimension dar. Dies gilt

aber nicht nur für die im Kreuzfeuer der Diskussionen stehenden USA, auch andere Länder benützen vermehrt Mittel der elektronischen Spionage. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Informationssicherheit bilden das Schwerpunktsthema dieses Berichts.

Nachfolgend ein Überblick über weitere wichtige Themen auf dem Radar des NDB.

### **Proliferation**

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist eines der grossen Problemfelder unserer Zeit und Gegenstand zunehmend enger multilateraler Kooperation. Eine Reihe von Staaten steht unter Beobachtung. Syrien ist 2013, nach Bekanntwerden des Einsatzes chemischer Waffen, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) beigetreten und kooperiert derzeit bei der internationalen Kontrolle und anschliessenden Vernichtung seines Chemiewaffenarsenals. Im Zentrum der Besorgnis steht allerdings nach wie vor die Entwicklung in Iran und Nordkorea. Betreffend Iran hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) wiederholt den Verdacht formuliert, dass dieses Land sein Nuklearprojekt nicht ausschliesslich für zivile Ziele verwendet, sondern seit Jahren verdeckt an der Entwicklung einer Kernwaffe arbeitet. Iran und die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats (USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland und China) plus Deutschland haben im November 2013 ein Übergangsabkommen erzielt, als Basis für weitere Verhandlungen über eine mögliche umfassende Lösung des Nuklearstreits. Die Schweiz setzt sich entschieden gegen Proliferations-

aktivitäten ein. Sie hat ebenfalls Sanktionen gegen Iran ergriffen, die über die UNO-Sanktionen hinausgehen und sich weitgehend an den EU-Sanktionen orientieren. Die Schweiz als innovativer, wettbewerbsfähiger Werkplatz und Wirtschaftsstandort hat ein besonderes Interesse daran, Beschaffungsversuche und Umgehungsgeschäfte zu verhindern und in der Schweiz tätige Firmen wie auch Forschungs- und Bildungseinrichtungen gegenüber Reputationsrisiken von Geschäften beziehungsweise Beziehungen mit proliferationskritischen Ländern zu sensibilisieren.

### **Terrorismus**

Der Terrorismus stellt weiterhin eine Bedrohung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz dar. Die Bedrohung geht vor allem vom dschihadistischen Terrorismus aus, das heisst von der global ausgerichteten, von der Ideologie der al-Qaida inspirierten Bewegung. Zwar ist die Schweiz weiterhin kein erklärtes prioritäres Ziel dschihadistisch motivierter Gruppierungen. Aber auch ideologisch radikalisierte Einzeltäter können Terroranschläge verüben, und Schweizerinnen und Schweizer können im Ausland, wie in den letzten Jahren verschiedentlich geschehen, weiterhin Opfer von terroristisch motivierten Entführungen oder Anschlägen werden. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass ausländische Interessen in der Schweiz – zum Beispiel Botschaften – oder in unserem Land anwesende supra- oder internationale Organisationen fallweise oder permanent einer höheren Bedrohung seitens terroristischer oder gewaltextremistischer Gruppierungen ausgesetzt sein können.

Die in Europa festgestellte Zunahme von dschihadistisch motivierten Reisebewegungen hält weiter an, insbesondere nach Syrien. Der NDB geht von rund 15 Dschihadreisenden aus der Schweiz Richtung Syrien aus; jedoch sind fast alle diese Fälle nach nachrichtendienstlichen Kriterien nicht bestätigt. Es liegt im Interesse der Schweiz, nicht nur Anschläge im eigenen Land zu verhindern, sondern auch Handlungen, die terroristische Aktivitäten im Ausland ermöglichen oder erleichtern könnten.

### Rechts- und Linksextremismus

Der gewalttätige Extremismus in der Schweiz ist nicht staatsgefährdend. Zudem ist seit rund zwei Jahren die Lage ruhiger als zuvor. Zum einen tritt die gewaltbereite rechtsextreme Szene kaum mehr öffentlich und organisiert auf; Gewalttaten haben meist spontanen Charakter, werden häufig unter Alkoholeinfluss verübt und lassen keinerlei strategische Dimension erkennen. Zum anderen übt sich die linksextreme Szene weiterhin in taktischer Zurückhaltung, die sich in einer nachlassenden Intensität der Gewalttaten zeigt. Über die letzten zehn Jahre ist die gewaltbereite rechtsextreme Szene geschrumpft, die linksextreme gewachsen. Ihr jeweiliges Gewaltpotenzial hat sich dabei nicht verändert: Es ist als erheblich anzusehen,

jedoch lassen sich in beiden Szenen keine Hinweise auf Entwicklungen hin zu terroristischen Aktivitäten erkennen.

### Verbotener Nachrichtendienst

Die Snowden-Affäre hat die Einschätzung bestätigt, dass Spionageaktivitäten auch unter sogenannten befreundeten Nationen stattfinden. Weiterhin sind Politik und Wirtschaft der Schweiz, aber auch hier niedergelassene ausländische Vertretungen und internationale Institutionen Ziel von Spionage durch die Nachrichtendienste verschiedener Staaten. Diese Dienste bedienen sich dabei verschiedener Spionagemethoden, und neben traditionellen Mitteln wie insbesondere dem Einsatz von menschlichen Quellen steht immer stärker die elektronische Spionage im Vordergrund.

### Energiesicherheit

In Zeiten krisenhafter Wirtschaftsentwicklungen und politischer Verwerfungen dringt die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Was die Energiesicherheit der Schweiz angeht, haben sich die Risiken nicht verändert. Sie ist bei den Ölimporten dank eines gut funktionierenden internationalen Erdölmarkts gewährleistet, auch in Zeiten erhöhter Unsi-



„Tanz Dich Frei“ –  
Ausschreitungen am  
25. Mai 2013 in Bern

cherheiten in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens. Strukturell anders gelagert ist der Fall bei den Erdgasimporten, bei denen ein integrierter internationaler Markt noch nicht existiert und die Schweiz aufgrund der Abhängigkeit von fixen Pipelinesystemen stark auf Russland ausgerichtet ist. Diese Lage wird sich in naher Zukunft nicht verbessern, nachdem das EU-Grossprojekt Nabucco in seiner Funktion als wichtigstes nicht-russisches alternatives Pipelinesystem auf dem europäischen Kontinent nicht realisiert wird. Längerfristig hat die technologische Revolution im Zusammenhang mit der Förderung von Schiefergas das Potenzial, die Entwicklung eines internationalen Erdgasmarkts zu beschleunigen und die Energiesicherheit auch der Schweiz positiv zu beeinflussen.

### **Cyberbedrohungen**

Viele Dienstleistungen werden heute über elektronische Kanäle angeboten und genutzt. Damit wachsen die Präsenz aller Akteure im Internet und die Abhängigkeit der kritischen Infrastrukturen von solchen Informations- und Kommunikationstechnologien. Zusätzlich nehmen die Bedrohungen im Cyberraum zum Beispiel durch Angriffe mit Betrugs- beziehungsweise Bereicherungsabsichten oder Wirtschaftsspionage zu. Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen können besonders gravierende Folgen haben, weil sie lebenswichtige Funktionen wie zum Beispiel die Stromversorgung oder Telekommunikationsdienste beeinträchtigen oder fatale Kettenreaktionen auslösen können. Der Einbezug der Wirtschaft, insbesondere der Be-

treiber kritischer Infrastrukturen als Erbringer von Leistungen mit übergeordneter sicherheitsrelevanter Bedeutung, der IKT-Leistungserbringer und der Systemlieferanten, in eine Strategie zum Schutz vor Cyberrisiken ist deshalb essenziell.

## Schwerpunkt: Informationssicherheit nach der Affäre Snowden

### Informationstechnologie: Grosse Chancen, aber auch substanzielle Risiken

Generell werden die neuen Möglichkeiten der Informationstechnologie primär als grosser Fortschritt gewertet. Datenbanken und Informationen werden immer enger vernetzt und die verschiedenen Informatikgeräte wie Telefon, Computer, Kamera oder Musikwiedergabegerät verschmelzen zu einem einzigen tragbaren Gerät. Umgekehrt zeichnen sich aber auch neue grosse Risiken ab, insbesondere in den Bereichen Datenschutz, Informationssicherheit und kritische Infrastrukturen. Diese Infrastrukturen (von der Elektrizitätsversorgung über Kommunikations- und Finanzdienstleistungen bis hin zu Wasserversorgung und Lebensmittellogistik) werden durch gezielte Störungen bedroht.

### Neue Bedrohungsdimension durch umfassende Überwachungstätigkeiten

Im Sommer 2013 rückten die durch Edward Snowden, einen ehemaligen Mitarbeiter amerikanischer Nachrichtendienste, ins Rollen gebrachten Enthüllungen die Kommunikationsüberwachung durch Nachrichtendienste ins Scheinwerferlicht der internationalen Öffentlichkeit. Zuvor war die Problematik primär in Fachkreisen diskutiert worden. Nicht nur Hacker gefährden im Einzelfall die – weit über den Datenschutz hinausreichende – Informationssicherheit, sondern auch Staaten beeinträchtigen

diese potenziell auf umfassende Weise. Die Problematik erhält dadurch eine sicherheitspolitische Dimension. Staaten beziehungsweise deren Nachrichtendienste beschaffen zum einen durch Kommunikationsüberwachung und aktives Eindringen in Informatiksysteme vertrauliche Informationen auf breiter Front. Sie können diese zum anderen unter Umständen auch verfälschen und so sogar Prozesse und Infrastrukturen sabotieren. Dies gilt nicht nur für die derzeit im Kreuzfeuer der Diskussionen stehenden USA, sondern auch für andere Länder mit grossen Nachrichtendiensten und technologischen Schlüsselkompetenzen.

### Durchdringung der Kommunikation tiefer als angenommen

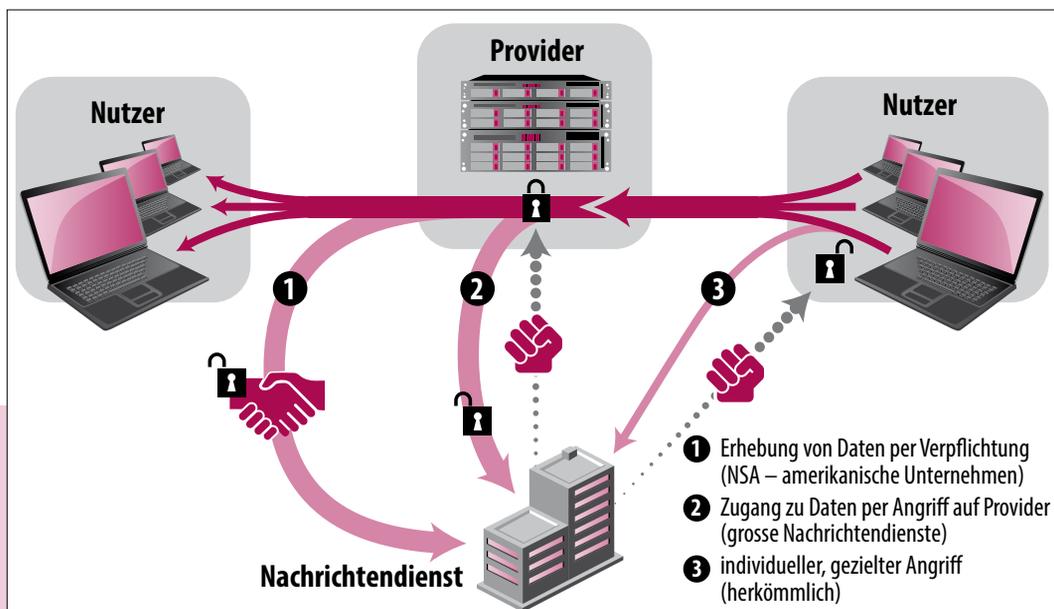
Die Problematik breit angelegter, internationaler Kommunikationsüberwachung ist grundsätzlich spätestens seit den ersten Diskussionen in den späten 1990er-Jahren unter dem Stichwort „Echelon“ bekannt. Damals wurde unter anderem im Rahmen einer Untersuchung des europäischen Parlaments über ein weltweites Spionagenetz der USA, Grossbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands berichtet. Dennoch ist das Ausmass fast flächendeckender und mit entsprechendem finanziellem, technischem und personellem Aufwand betriebener Überwachungen für viele überraschend. Auch die mutmassliche direkte Beauftragung grosser Kommunikationsfirmen mit anscheinend

Rechts:  
Angriffswege auf  
Informationstechnologien

nur cursorischer rechtlicher oder politischer Überprüfung, kombiniert mit einem allenfalls auch diesen Firmen unbekanntem, verdecktem Zugang zu Hauptsträngen der Kommunikation, ist in dieser flächendeckenden Systematik neu. Insbesondere amerikanische Nachrichtendienste sollen seit Jahren systematisch Verschlüsselungen aufgebrochen und geschwächt sowie internationale Kryptostandards beeinflusst haben. Wenn auch stichhaltige Beweise für diese Behauptungen zu einem guten Teil fehlen, haben die Enthüllungen einer grösseren Öffentlichkeit neue Bedrohungen durch eine fast unbegrenzte und unkontrollierte Nutzung der heutigen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien für Spionagezwecke bewusst gemacht. Ebenso werfen sie ein Schlaglicht auf die grundsätzliche Frage, inwiefern eine möglichst komplette Erfassung der verfügbaren Kommunikations- und Datenkanäle auf Vorrat, um fallspezifisch gewisse Sensoren zu aktivieren, effizient und vor allem rechtsstaatlich kontrollierbar ist.

### Elektronische Angriffe reduzieren Entdeckungsrisiko

Bis vor wenigen Jahren bedeutete Spionage oder im Konfliktfall auch Sabotage, dass nachrichtendienstliche Agenten das Zielland selbst betreten oder eine Bürgerin oder einen Bürger dieses Landes im Ausland gezielt persönlich anwerben mussten. Damit bestand das Risiko, enttarnt und verhaftet zu werden. Diese Situation hat sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren grundlegend verändert. Durch die Verbindung früher zum Teil noch voneinander getrennter Informatiknetzwerke über das Internet und die weltweite Verknüpfung von Infrastrukturen sind die Kommunikation dieser Systeme untereinander und der Fernzugriff auf solche Systeme weltweit möglich geworden. Durch das Mittel elektronischer Angriffe kann auf Informationen eines Ausforschungsziels zugegriffen – oder können diese beeinflusst – werden, ohne dass das Zielland je betreten werden muss. Selbst kleinere Staaten oder nichtstaatliche Akteure können heute ihre wirtschaftlichen Konkurrenten oder politischen Gegner auf diesem Weg gezielt ausspionieren. Bei solchen Angriffen wird vor allem Schadsoftware eingesetzt,



### **Kommunikationsüberwachung durch die USA – die aktuellen Erkenntnisse**

Die seit Sommer 2013 durch Edward Snowden ins Rollen gebrachten Enthüllungen verschiedener internationaler Medien zeichnen ein relativ scharfes Bild der Fähigkeiten amerikanischer Nachrichtendienste in der Kommunikationsüberwachung und ihrer Möglichkeiten, in Computernetzwerke einzudringen. Was den Einsatz solcher Mittel im Ausland betrifft, widersprechen die USA diesen Erkenntnissen grösstenteils nicht. Für die Einschätzungen gibt es derzeit keine Beweise im strafrechtlichen Sinn, wohl aber zahlreiche unabhängige Hinweise und Indizien. Wie oben erwähnt, dürften einige andere Nachrichtendienste mindestens teilweise auch über vergleichbare Möglichkeiten verfügen.

Die National Security Agency (NSA) betreibt demnach mehrere sich ergänzende Organisationen und Programme. So werden Informationen über weltweit verteilte passive Abhöreinrichtungen an Internetknotenpunkten erfasst. Die NSA verfügt aber auch über eine Einheit, um in fremde Systeme einzudringen. Das Vorgehen bei der Beschaffung von Informationen lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen:

- Bei schwacher Verschlüsselung können die Daten sofort geknackt werden.
- Stammt die Verschlüsselung von einem amerikanischen Unternehmen, verlangt die NSA von diesem den Zugang und die Entschlüsselung der Daten.
- Der Datenzugriff erfolgt mit aktiven Massnahmen auch direkt auf die Netzwerke, um die Daten vor Ort und noch unverschlüsselt zu erfassen. Die NSA scheint sich zudem in den unverschlüsselten Verkehr zu den Rechenzentren grosser Internetdienstleister eingeklinkt zu haben.
- Die NSA nimmt zudem Einfluss auf kommerziell genutzte Verschlüsselungsalgorithmen – zum einen über die Förderung generell schwacher Verschlüsselungen, zum anderen über eingebaute Hintertüren oder Passepartouts, die die Entschlüsselung erleichtern.

Aufgrund der bisherigen Fakten und Überlegungen kann davon ausgegangen werden, dass die USA – und möglicherweise auch weitere Länder – Zugang zu mindestens einem Teil der schweizerischen Kommunikationsinfrastruktur haben. Die Ausspähung richtet sich vermutlich vorwiegend gegen Drittstaaten auf dem Platz Genf und wohl teilweise auch gegen politische und wirtschaftliche Interessen der Schweiz.

Nach den verfügbaren Informationen dürfte die NSA in grossem Ausmass Daten sammeln und speichern, um sie bei Bedarf Leistungsbezüger der US-Administration zur Verfügung zu stellen. Die amerikanischen Nachrichtendienste verfügen mutmasslich über Mittel und Möglichkeiten, die amerikanische IT-Industrie für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Schliesslich können IT-Systeme, die von den USA eingebaute Schwachstellen haben, auch Angriffsflächen für Dritte bieten.

die an ausgesuchte Opfer versendet wird. Auch werden so Eingriffe in Steuerungsanlagen möglich, die zu einer gezielten Sabotage etwa von Fabrikationsanlagen oder kritischen Infrastrukturen benützt werden können. Eine weitere Bedrohung ist, dass Informationen durch Schadsoftware unwiederbringlich zerstört – wogegen allenfalls solide Backupkonzepte helfen – oder schleichend verfälscht werden können, was viel schwieriger zu entdecken wäre.

### **Gefahr der Korruption der Informationstechnologien**

Für einige im Bereich der Informationstechnologien führende Staaten sind noch tiefere, weltweite Eingriffsmöglichkeiten in an sich gesicherte Informationsnetzwerke entstanden. Die technische Entwicklung vor allem von Netzwerkkomponenten und Systemsoftware ist auf wenige Grossfirmen in diesen Staaten konzentriert. Durch den direkten Zugriff auf die Herstellung und Programmierung bei diesen Firmen und hier insbesondere auf die Updates der Netzwerkkomponenten und Betriebssysteme oder auch durch die künstliche Schwächung von Verschlüsselungssystemen ist es diesen Staaten beziehungsweise deren Nachrichtendiensten grundsätzlich möglich, direkt in die gewünschten Systeme einzugreifen. Da so kein systemfremder Schadcode eingesetzt wird und die Manipulation zum Teil des gelieferten Systems wird, ist es für das Opfer der Ausforschung bei der heutigen Komplexität der Systeme sehr schwierig zu erkennen, dass überhaupt ein Angriff stattfindet. Dies gilt nicht nur für die im Kreuzfeuer der aktuellen Diskussionen ste-

henden USA; auch einige andere Länder verfügen zumindest potenziell über solche Möglichkeiten.

### **Grundsätzliche Fragen zur Nutzung von Grundtechnologien**

Die Implikationen einer breit angelegten, zumindest von aussen umfassend erscheinenden Nutzung von Internettechnologien für nachrichtendienstliche Zwecke werden erst langsam erkannt. Wenn grundlegende Informations- und Kommunikationstechnologien der weltweiten Vernetzung als nicht mehr zuverlässig erscheinen, können Schutzmassnahmen nur sehr schwierig getroffen werden, ist es doch praktisch nicht mehr möglich, sich der Nutzung dieser Technologien komplett zu entziehen. Auch die rechtliche Einordnung dieser Aktivitäten ist schwierig; wie weit geht legitime internationale Terrorismusbekämpfung – und auf wessen Anordnung –, und was stellt eine Verletzung der Privatsphäre oder Spionage dar? Während im innerstaatlichen Bereich Kommunikationsüberwachung zumindest in demokratischen Ländern meist streng kontrolliert wird und richterlich im Einzelfall bewilligt werden muss, ist im internationalen Bereich der Eingriff in die Kommunikation von Drittstaaten nicht umfassend geregelt beziehungsweise wird aus Sicht des jeweils agierenden Staats als legitim angesehen.

### **Mögliche Lösungen durch einseitige Erklärung oder internationalen Diskurs**

Im Zentrum steht die Frage, inwieweit ein Land mit einer starken Vormachtstellung im Bereich der Informatik- und Netzwerktechno-

logien bereit ist, seine Dominanz gegenüber anderen auszuspielen, beziehungsweise die Frage, ob sich ein solches Land über seine Vormachtstellung und die globalen Implikationen, die diese mit sich bringt, überhaupt im Klaren ist.

Am Ende zielt diese Frage auf die Zuverlässigkeit von Partnerschaften mit solchen Ländern, was den Schutz vor Willkür oder Machtmissbrauch angeht. Eine entsprechende Planungs- und Rechtssicherheit bildet auch für die Wirtschaft das Fundament im Umgang mit Partnern, die im Rechtsbereich dieser Länder handeln.

Es geht dabei um eine politische Klarstellung gegenüber Dritten, welche Ziele diese Länder mit der Kommunikationsüberwachung verfolgen und wieweit sie beabsichtigen, dabei ihr Eigeninteresse auf Kosten der anderen durchzusetzen: Entweder sind technologische Leitstaaten gewillt, mit ihrer Rechtsordnung und ihrem Einfluss auf die einheimische – aber global tätige – Industrie ihre eigenen sicherheitspolitischen (und möglicherweise wirtschaftlichen) Interessen zum Nachteil anderer Staaten zu verfolgen. Oder sie verzichten explizit hierauf und setzen solche, den anderen Ländern nicht zur Verfügung stehenden Mittel nur international koordiniert für gemeinsam anerkannte Ziele wie die gemeinsame Terrorismusbekämpfung ein. Es ist die Aufgabe der Staatengemeinschaft, diese Fragen im internationalen Diskurs zu stellen und auf deren Klärung zum Beispiel im Rahmen internationaler Abkommen hinzuarbeiten. Die Schweiz ist zu diesem Thema in multilateralen und bilateralen Foren aktiv tätig. Sie

hat im Menschenrechtsrat der UNO zusammen mit Deutschland, Österreich und Liechtenstein eine Initiative zum Schutz der Privatsphäre im Internetzeitalter eingereicht und unterstützte eine von Brasilien und Deutschland vorgelegte UNO-Resolution zum Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Die Resolution, die immerhin einen Empfehlungscharakter hat, ist von der Generalversammlung der UNO Mitte Dezember 2013 angenommen worden.

### **Einführung national abgeschotteter Netzwerke die schlechtere Lösung**

Eine länger andauernde Phase der Unklarheit und Unberechenbarkeit könnte zur Folge haben, dass Staaten, die ihre Souveränität im Bereich der Informationssicherheit bewahren wollen, mittelfristig auf jeweils eigene, unabhängige IKT-Lösungen setzen müssen. Dies fände allerdings nicht mehr im Rahmen des weltweiten Wirtschaftswettbewerbs statt, sondern bildete eine sicherheitspolitische Massnahme in expliziter Abgrenzung zu den Produkten aus den technologischen Leitstaaten. Diese Lösung wäre ineffizient, weil sie zusätzliche Schnittstellen schafft und die Technologieentwicklung verlangsamt, und mit hohen Kosten für den Staat, aber auch für die Wirtschaft und speziell die kritischen Infrastrukturen verbunden. Sinnvoll könnte hingegen sein – und ist zum Teil heute schon Praxis –, dass zum Beispiel eine Regierung oder auch eine private Organisation für besonders sensible Informationen ein physisch von anderen Netzwerken getrenntes Netzwerk aufbaut. Dies kann zwar keine absolute, aber eine stark verbesserte Sicherheit

bieten. Diese Fragen werden zu diskutieren sein, zum Beispiel bei der Umsetzung der im Juni 2012 vom Bundesrat verabschiedeten nationalen Strategien zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken und zum Schutz kritischer Infrastrukturen. ■

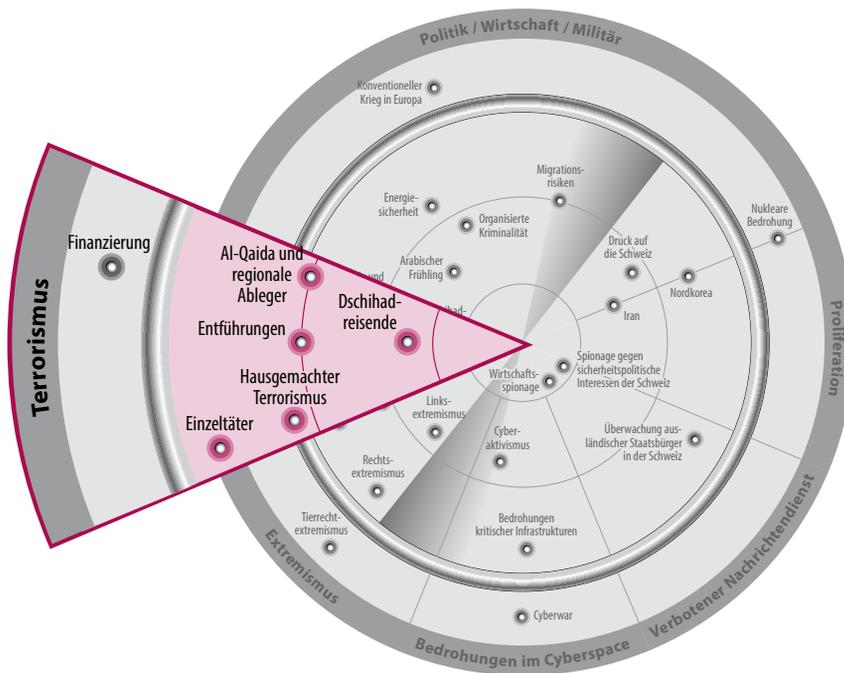
#### **Die Affäre Snowden und das neue Nachrichtendienstgesetz**

Wie andere Staaten hat auch in der Schweiz der Nachrichtendienst in einem gewissen Rahmen Kompetenzen für die strategische Kommunikationsaufklärung im Ausland. Diese steht allerdings nur schon technisch bedingt auf einer bedeutend tieferen Ebene als zum Beispiel in den USA, gehört die Schweiz doch in diesem Bereich nicht zu den technologischen Leitstaaten. Das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) soll hier einen klaren rechtlichen Rahmen setzen und neu zudem eine gesetzliche Regelung für Fernmelde- und Computerüberwachungen im Inland schaffen. Die Regelungen des NDG beschränken die Anwendung solcher Mittel auf wichtige sicherheitspolitische Bedrohungslagen, binden sie an die Verhältnismässigkeit und Notwendigkeit und unterstellen sie justiziellen oder politischen Genehmigungs- und Kontrollverfahren oder gar beidem. Ein vollständiger Verzicht auf Mittel der Kommunikationsaufklärung ist aber nicht im Interesse der Schweiz und überliesse das Feld erst recht Dritten. Die Schweizer Abwehrorgane wären wie heute weiterhin kaum in der Lage, solche Aktivitäten auch nur ansatzweise festzustellen und aufzuklären, weil ihnen der Zugang zu diesen Datenkanälen verboten bliebe. Wirksame eigene Aufklärungs- und Abwehrmittel sind in genau definierten Fällen notwendig, um die Sicherheit der Schweiz zu schützen und ihre Souveränität zu bewahren. Die Botschaft des Bundesrates zum NDG trägt mit den eingebauten Sicherheiten und Einschränkungen den Gefahren einer fast unbeschränkten und kaum zielgerichteten technischen Aufklärung Rechnung. Das NDG ist nicht auf die umfassende Überwachung von Datenströmen ausgerichtet, sondern auf die zielgerichtete Erfassung von Kommunikationen, für die konkrete Anhaltspunkte für sicherheitsbedrohende Inhalte bestehen. Damit sind zentrale Forderungen zu Kritikpunkten an der Praxis der NSA schon vor deren Bekanntwerden im Entwurf des NDG erfüllt worden.



# Dschihadistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

Der Terrorismus stellt weiterhin eine Bedrohung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz dar. Die Bedrohung geht vor allem vom dschihadistischen Terrorismus aus, das heisst von der global ausgerichteten, von der Ideologie der al-Qaida inspirierten Bewegung. Zwar ist die Schweiz weiterhin kein erklärtes prioritäres Ziel dschihadistisch motivierter Gruppierungen. Aber auch ideologisch radikalisierte Einzeltäter können Terroranschläge verüben, und Schweizerinnen und Schweizer können im Ausland, wie in den letzten Jahren verschiedentlich geschehen, weiterhin Opfer von terroristisch motivierten Entführungen oder Anschlägen werden. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass ausländische Interessen in der Schweiz – zum Beispiel Botschaften – oder in unserem Land anwesende supra- oder internationale Organisationen fallweise oder permanent einer höheren Bedrohung seitens terroristischer oder gewaltextremistischer Gruppierungen ausgesetzt sein können. Die in Europa festgestellte Zunahme von dschihadistisch motivierten Reisebewegungen hält weiter an, insbesondere nach Syrien.



## LAGE

### Kern-al-Qaida weiter unter Druck

Wie schon in den Vorjahren stand die Kern-al-Qaida unter hohem Verfolgungsdruck, auch wenn 2013 bei Drohnenangriffen keine zentralen Führungspersonen getötet wurden. Im letzten Jahr ging die Zahl der Verlautbarungen der Kern-al-Qaida zurück. Aus diesen sticht der im September 2013 in Internetforen publizierte Leitfaden für den Dschihad des Anführers der Kern-al-Qaida, Ayman al-Zawahiri, hervor. Das auf Arabisch, Englisch und Urdu vorliegende Dokument gibt einen allgemeinen Überblick über die Strategie der Kern-al-Qaida. Zawahiri erklärt darin, dass im Kampf gegen die Ungläubigen sowohl militärische Aktionen als auch Propaganda nötig seien. Die USA und ihr Verbündeter Israel werden als Hauptziele militärischer Aktionen genannt. Die USA sollen überall angegriffen und so bis zum Kollaps ausgeblutet werden. Daneben nennt Zawahiri als Ziele militärischer Aktionen muslimische Länder, zum Beispiel weil diese sich mit den USA verbündet haben: Zwar seien Konflikte mit muslimischen Staaten möglichst zu vermeiden, jedoch insbesondere mit Afghanistan, Pakistan, Irak, Algerien, Syrien, auf der arabischen Halbinsel und in der Umgebung von Jerusalem nicht zu umgehen. In Pakistan sei der Kampf zum Beispiel wichtig, um jenen gegen die „Kreuzritter“ in Afghanistan zu unterstützen und um in Pakistan einen sicheren Hafen für Dschihadkämpfer zu errichten, damit diese von dort aus die Scharia in Pakistan einführen könnten. Ausserdem sollen unter anderem durch Überfälle auf Gefäng-

nisse oder im Tausch gegen westliche Geiseln so viele inhaftierte Dschihadkämpfer wie möglich befreit werden. Laut Leitfaden sollen Konflikte mit anderen Ausrichtungen des Islams vermieden werden, ausser sie bekämpften Sunniten. Zudem sollen Christen, Hindus und Sikhs in muslimischen Ländern in Ruhe gelassen, Frauen und Kinder respektiert und Anschläge auf Moscheen und Marktplätze, auf denen sich Muslime aufhalten, unterlassen werden.

Augenfällig ist, dass Zawahiri – anders als in früheren Kampfaufrufen – zu Zurückhaltung und Mässigung auffordert und dass er keine Gruppierung explizit erwähnt. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die dschihadistische Bewegung disparater und komplexer geworden ist; sie umfasst offizielle al-Qaida-Mitglieder, formell verbündete Gruppierungen sowie Gruppierungen und Einzelpersonen, die nur indirekt mit dem Netzwerk verbunden sind. Solche Gruppierungen verüben Anschläge, die westliche Opfer fordern und nutzen dabei Krisengebiete zur Vorbereitung. In der westlichen Welt besteht dagegen eine Tendenz zu Anschlägen durch Einzeltäter.

### Maghreb und Sahel: Westliche Interessen im Visier dschihadistischer Gruppen

Im Einflussgebiet dschihadistischer Gruppen im Sahel sind Terrorangriffe auf Ziele zu verzeichnen, die von Ausländern aus dem Westen frequentiert werden. So griff am 20. Januar 2013 eine islamistische Gruppierung eine Gasförderanlage in In-Amenas (Algerien) an

und nahm eine grössere Anzahl Geiseln. Die Befreiungsaktion der algerischen Armee forderte 40 Todesopfer, fast ausschliesslich ausländische Arbeiter. Mehrere Schweizer, die sich zum Zeitpunkt des Überfalls zufällig in In-Amenas befanden, konnten in Sicherheit gebracht werden.

Der von langer Hand vorbereitete Angriff in In-Amenas zeigt, dass dschihadistische Gruppierungen im Maghreb und in der Sahelzone in der Lage sind, gesicherte Anlagen zu überfallen, die einen wirtschaftlichen Lebensnerv darstellen. Der Angriff wurde von den Tätern auch als Reaktion auf die französische Intervention in Mali dargestellt. Diese erfolgte aus mehreren Gründen: Der Sturz Qaddafis in Libyen hatte generell die Region destabilisiert; in Mali hatte die Rebellion der Tuareg zu einem rechtsfreien Raum geführt, der Dschihadisten günstige Bedingungen bot, und ein Staatsstreich liess eine humanitäre Katastrophe befürchten, die sich zudem auf weitere Länder in der Region hätte ausweiten können.

### Kenia und Somalia: al-Shabaab

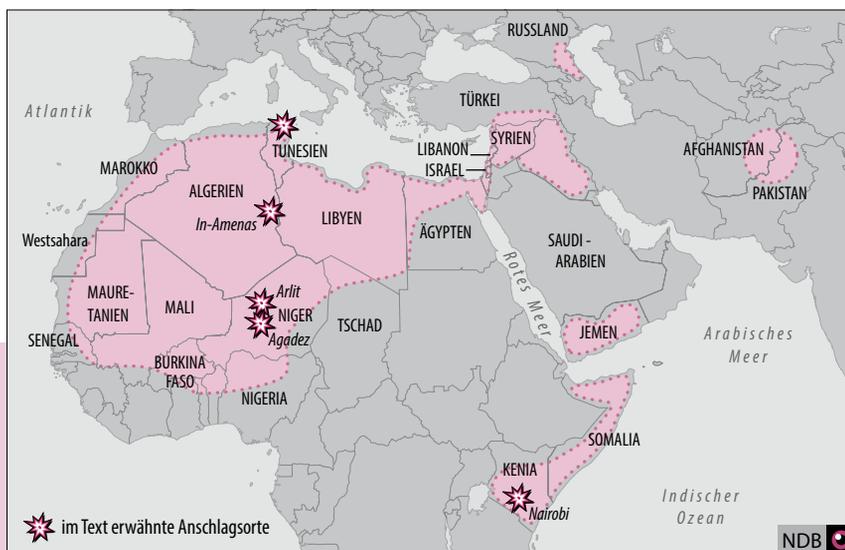
Am 21. September 2013 drangen mehrere bewaffnete Angreifer in das vor allem von Ausländern und wohlhabenden Kenianern genutzte Einkaufszentrum Westgate in Nairobi (Kenia)

ein. Die kenianischen Sicherheitskräfte konnten die Aktion erst vier Tage später beenden. 67 Personen starben beim Angriff, Schweizer waren nicht darunter. Die somalische dschihadistische Gruppierung al-Shabaab bekannte sich zum Angriff; sie wurde 2006 gegründet und schloss sich 2012 der al-Qaida an. Der Anschlag in Nairobi ist als Antwort auf das kenianische Engagement im Rahmen der Militärmission der Afrikanischen Union in Somalia (Amisom) zu verstehen. Die al-Shabaab fordert den Rückzug der kenianischen Truppen aus Somalia, wo sie sich militärisch in Bedrängnis befindet. Gleichzeitig ist das mehrheitlich von Touristen und Ausländern besuchte Einkaufszentrum Westgate, das teils in israelischem Besitz ist, ein Symbol des Westens.

### Syrien

In Syrien kontrolliert die dschihadistische Nusra-Front, die öffentlich der Kern-al-Qaida Gefolgschaft geschworen hat, mittlerweile eigenes Territorium und ist für schwere Anschläge im Land verantwortlich. Daneben sind andere Gruppierungen aktiv, die teils Verbindungen zur Nusra-Front oder al-Qaida aufweisen, diese teils aber auch bekämpfen. Je länger der Konflikt dauert, desto grösser ist die Gefahr, dass sich weitere terroristische Gruppierungen in

Übersicht über die wichtigsten Operationsgebiete dschihadistischer Gruppen im nördlichen und östlichen Afrika sowie Vorderasien



Syrien etablieren und dort ihre Trainingscamps und Rückzugsgebiete aufbauen. Zudem weitet sich der Konflikt auf Nachbarregionen aus.

**Ägypten: Sinai-Halbinsel**

Auch im Norden der ägyptischen Sinai-Halbinsel sind dschihadistische Organisationen präsent. Die überwiegend aus Beduinen bestehenden Gruppierungen verüben in dieser teilweise demilitarisierten und unter internationaler Beobachtung stehenden Zone vermehrt Anschläge und halten verschiedentlich kurzzeitig Touristen fest. Sowohl Ägypten als auch Israel versuchen zu verhindern, dass der Sinai zum Rückzugsgebiet für dschihadistische Gruppierungen wird. Dennoch wird diese Gegend durch ihre geografische Schlüsselposition zwischen Nordafrika und dem Nahen Osten für Dschihadisten weiter von grossem Interesse bleiben.

**Jemen: Anhaltend hohes Entführungsrisiko für Personen aus dem Westen**

Die al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH) ist weiterhin aktiv und die Entführungsgefahr für Personen aus dem Westen bleibt weiterhin sehr hoch. Selbst die Hauptstadt Sanaa wird zunehmend Schauplatz von Entführungen und massiven Terroranschlägen.

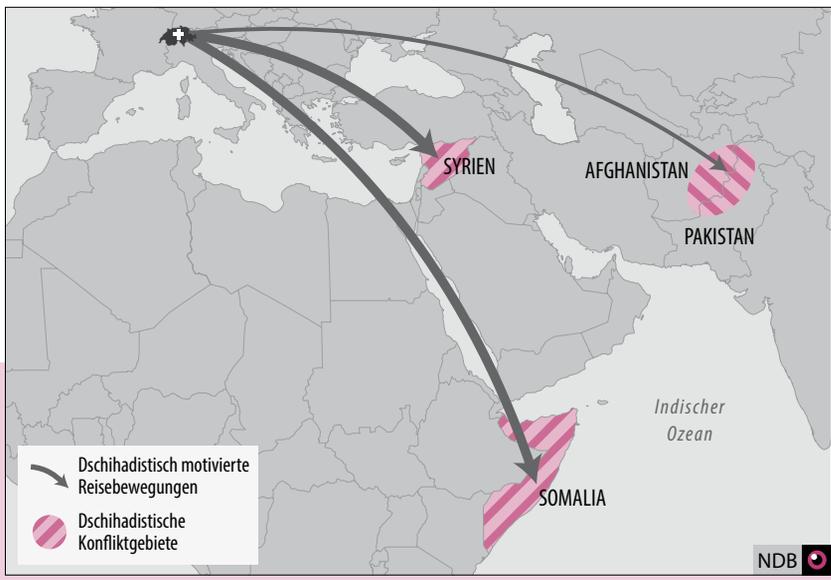
Im Herbst 2013 befanden sich mindestens neun Ausländer in der Gewalt von Entführern; ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft wurde im Oktober 2013 in Sanaa erschossen.

**Europa:**

**Dschihadreisende nach Syrien und Somalia**

Syrien gilt derzeit als das attraktivste Kampfgebiet für europäische Dschihadisten und wird dies voraussichtlich auch noch einige Zeit bleiben. Seit Beginn des Syrienkonflikts im Jahr 2011 nimmt die Zahl der sogenannten Dschihadreisenden dorthin zu. Seit 2011 dürften laut öffentlichen Angaben von EU-Verantwortlichen etwa zweitausend Dschihadisten aus Europa, namentlich aus Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und Österreich, nach Syrien gereist sein. Auch Somalia stellt weiterhin ein Reiseziel dar. Allerdings hat diese Konfliktregion aufgrund von Spannungen innerhalb der al-Shabaab stark an Attraktivität für nicht-somalische Dschihadisten verloren.

Seit 2001 haben sich mittlerweile rund 40 Dschihadreisende aus der Schweiz in verschiedene Konfliktregionen begeben. Der NDB geht von rund 15 Dschihadreisenden Richtung Syrien aus; jedoch sind fast alle diese Fälle



Dschihadistisch motivierte Reisebewegungen aus der Schweiz

nach nachrichtendienstlichen Kriterien unbestätigt. Dem NDB sind auch mehrere al-Shabab-Sympathisanten in der Schweiz bekannt, die nach Somalia gereist sind, um sich der Gruppierung anzuschliessen.

### Westliche Welt: Hausgemachter Terrorismus in Boston, Woolwich und Paris

2013 waren in Boston (USA), Woolwich bei London (Grossbritannien) und Paris (Frankreich) drei aufsehenerregende Fälle von hausgemachtem Terrorismus zu verzeichnen:

- In Boston töteten zwei Brüder tschetschenischer Herkunft am 15. April 2013 drei Personen und verletzten über 250. Der Bombenanschlag wurde im Bereich des Zieleinlaufs am Boston-Marathon verübt. Einer der Täter wurde kurz nach dem Anschlag getötet, der andere verletzt und später verhaftet. Die Art des Anschlags ähnelte stark einer Anleitung, die im englischsprachigen al-Qaida-Magazin „Inspire“ veröffentlicht worden war. Die Täter scheinen sich in relativ kurzer Zeit selbst radikalisiert zu haben.
- In Woolwich bei London erstachen am 22. Mai 2013 zwei britische Bürger nigerianischer Herkunft auf offener Strasse einen britischen Soldaten. Die zwei radikalisierten Einzeltäter waren in London aufgewachsen

und hatten eine kriminelle Vergangenheit. Sie sollen laut Medien Kontakte zu einer radikalislamistischen Organisation in Grossbritannien gehabt haben.

- Nur drei Tage nach dem Mord in Woolwich griff in Paris ein Islamkonvertit einen patrouillierenden Soldaten mit einem Messer an. Dieser wurde nur leicht verletzt. Es scheint sich um eine spontane Nachahmertat gehandelt zu haben.

### Schweiz: Dschihadismus im Internet

In der Schweiz wurden bisher keine dschihadistisch motivierten Terroranschläge verübt. Betroffen ist die Schweiz dennoch: Analog zu anderen europäischen Staaten gibt es auch in der Schweiz dschihadistische, im Ausland angegliederte und international agierende Akteure und Netzwerke. Neben den bereits erwähnten Dschihadreisenden ist die zunehmend wahrnehmbare Radikalisierung von Einzelpersonen hervorzuheben, bei der das Internet eine zentrale Rolle spielt.

Eines der auffälligsten Phänomene der letzten Jahre ist die Zunahme der dschihadistischen Propaganda im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken wie Facebook und Youtube. Islamistische Foren ermöglichen den Nutzern, sich international zu verknüpfen. Nach



Von Usern in der Schweiz ins Internet gestellte Propaganda

Beobachtungen des NDB in den letzten zwei Jahren publizierten über hundert Nutzer mit Verbindungen zur Schweiz in offen zugänglichen sozialen Netzwerken islamistisches oder dschihadistisches Material mit zum Teil starkem Gewaltbezug. Im letzten Jahr war eine Zunahme von Videos zu verzeichnen, die über das Kriegsgeschehen in Syrien berichteten und die dschihadistischen Kämpfer verherrlichten.

## BEURTEILUNG

### Kern-al-Qaida:

#### Auswirkungen des Leitfadens

Es bleibt zu verfolgen, wie die dschihadistische Bewegung auf den Leitfaden al-Zawahiris reagieren und ob sie ihm Folge leisten wird. Für die Schweiz beziehungsweise Schweizer Interessen im Ausland verändert sich durch die Veröffentlichung des Leitfadens die Bedrohungslage nicht direkt. Der NDB schätzt die Schweiz weiterhin nicht als primäres Ziel für dschihadistisch motivierte Terroranschläge ein. Insbesondere der Aufruf, Geiseln aus dem Westen zu nehmen, kann jedoch auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen: Das Entführungsrisiko in Afghanistan und Pakistan, in der Sahelregion, aber auch im Jemen und in Syrien ist bereits sehr hoch. Zudem können Schweizer Staatsangehörige, wie auch in der Vergangenheit, Opfer dschihadistischer Anschläge werden.

#### Maghreb und Sahel: Ausdehnung des Operationsgebiets der Dschihadisten

Die Dschihadisten in der Sahelregion sind auch nach der französischen Intervention in Mali in der Lage, westliche wie einheimische Ziele anzugreifen und damit den „fernen“ – den Westen – wie auch den „nahen Feind“ – im eigenen Land – zu treffen.

Obschon die Dschihadisten in Mali durch die französische Militäroperation mehrere hundert Kämpfer verloren, konnten sich einige Gruppen neu formieren. Insbesondere der Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest (Mujao) ist wieder erstarkt und in der

Lage, Operationen grösseren Ausmasses gegen westliche wie auch lokale Ziele durchzuführen. Dies haben nebst dem Anschlag in In-Amenas, an dem sich der Mujao beteiligte, auch Anschläge in Agadez und Arlit (Niger) Ende Mai 2013 verdeutlicht. Diese Anschläge haben zudem Freiwillige motiviert, sich den Dschihadisten anzuschliessen.

Mit ihrem Beitrag zur Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (Minusma) geraten auch Staaten ausserhalb des bisherigen Operationsgebiets der al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und der anderen dschihadistischen Gruppierungen zusehends in den Fokus von Dschihadkämpfern. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich schon in der Côte d'Ivoire, nachdem diese 2012 im Rahmen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft einer militärischen Mission in Nordmali ihre Unterstützung zugesagt hatte. Es ist anzunehmen, dass die Dschihadisten ihre Unterstützungsnetzwerke in der Region weiterhin nutzen und ausbauen werden, um dort ihr operatives Potenzial zu festigen und zu aktivieren.

Neben bestehenden dschihadistischen Gruppierungen in Algerien und Libyen gerät auch Tunesien verstärkt in den Einflussbereich des Dschihadismus. Ende August stufte die tunesische Regierung die Ansar al-Scharia (AAS) als terroristische Organisation ein. Der damit verbundene Ausschluss als politischer Akteur und die Stigmatisierung als Terroristen dürfte Mitglieder der AAS zum bewaffneten Kampf

bewegen. Mit diesem Schritt könnte auch eine Annäherung an dschihadistische Gruppierungen im Land erfolgen. Unter den aktuellen Umständen dürfte die AQIM bei der AAS leichter Unterstützung finden, um in Tunesien Menschen zu entführen und Anschläge zu verüben. Neben dem Süden des Landes ziehen die Dschihadisten dabei auch den Norden und Tourismusregionen an der Küste als Operationsgebiet in Betracht, wie ein Selbstmordanschlag und ein Selbstmordanschlagsversuch Ende Oktober 2013 zeigten.

### Syrien als Magnet für Dschihadreisende

Der Konflikt in Syrien gibt auch aus Sicht der Terrorismusabwehr Anlass zu grosser Sorge, weil er sich auf Nachbarstaaten ausgeweitet hat und vermehrt religiöse Züge trägt. Angesichts der Komplexität des Syrienkonflikts ist es für westliche Nachrichtendienste eine Herausforderung festzustellen, aus welchem Grund und mit welchem Ziel Personen aus Europa nach Syrien reisen. Dschihadisten – aber auch Kurden, Christen, Söldner und Nationalisten – schliessen sich aus unterschiedlichen Gründen einer der zahlreichen kämpfenden Gruppen in Syrien an. Zudem ist es in Europa

schwierig festzustellen, ob Personen überhaupt nach Syrien reisen wollen, da die Reise dorthin mit einem Privatwagen oder einem Flug über die Südtürkei relativ einfach zu organisieren ist. Schliesslich sind auch die Möglichkeiten limitiert, auf mutmassliche Dschihadreisen aus der Schweiz zu reagieren – es gibt derzeit keine gesetzliche Grundlage, solche Personen an der Ausreise aus der Schweiz zu hindern. Bei einer Rückkehr können sie rechtlich nur in Fällen belangt werden, in denen ein konkreter Verdacht auf strafbare Handlungen vorliegt, für die ein schweizerischer Gerichtsstand besteht, also zum Beispiel Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Nach Einschätzung des NDB wird die Zahl der Dschihadreisenden aus Europa und aus der Schweiz in Syrien weiter zunehmen und damit auch die Anzahl potenzieller Rückkehrer. Kehren Dschihadreisende ideologisch indoktriniert und kampferprobt zurück, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie zum Beispiel Anschläge in Europa verüben oder als Vorbild für die Anwerbung weiterer Dschihadisten dienen. Aufgrund der Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums ist potenziell der ganze Raum bedroht.



Von Usern in der Schweiz ins Internet gestellte Propaganda

### **Phänomen „hausgemachter Terrorismus“**

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurde Europa mehrmals zum Ziel von dschihadistisch motivierten Anschlägen, die Hunderte von Opfern forderten. Es handelt sich dabei um hausgemachten Terrorismus. „Hausgemacht“ meint auf den Schweizer Kontext bezogen die Anwendung, die geplante Anwendung oder die Androhung terroristischer Gewalt durch eine Gruppe oder eine Person, die in der Schweiz geboren, aufgewachsen oder wohnhaft und vorwiegend in der Schweiz aktiv ist.

Im dschihadistischen Kontext ist der hausgemachte Terrorismus nicht von einer lokalen Agenda, sondern von einer globalen Ideologie geprägt. Diese leitet sich aus einer radikalen Interpretation des Islams ab. Sie befürwortet das Kalifat und die strikte Anwendung der Scharia und verschreibt sich dem Kampf gegen den Westen und gegen jegliches islamische Regime, das als vom Glauben abgefallen betrachtet wird. Verstärkt wird das globale Ausmass des Dschihad durch die weltweit verfügbaren Informationstechnologien. Vorwiegend im Internet werden dschihadistische Propaganda, insbesondere die Reden bekannter Ideologen, oder Märtyrervideos verbreitet und die Mudschaheddin verherrlicht. Damit werden Personen in Europa angespornt, mit ihren eigenen Mitteln Terrorakte gegen westliche Interessen in ihrem lokalen Umfeld zu verüben. Europäische Sicherheitsorgane sind so immer mehr mit Personen konfrontiert, die sich selbst radikalieren und die bei sich bietender Gelegenheit imstande und willens sind, autonom einen Anschlag zu ver-

üben. Diese aufzuspüren, stellt eine enorme Herausforderung für die Terrorismusprävention in Europa dar. Trotz vermehrter Beobachtung potenziell gewalttätiger Personen durch die Sicherheitsdienste zeigt die Erfahrung, dass die frühzeitige Erkennung vor der Tat nicht immer möglich ist.

## Auswahl von Fällen von hausgemachtem Terrorismus in Europa und den USA

Datum / Land	Beschreibung des Anschlags	Täterschaft
7. Juli 2005 Grossbritannien	Selbstmordbombenanschlag in der Metro und einem Bus in London. ⇒ 52 Todesopfer, 700 Verletzte.	Mikrozelle. Zwei der vier Täter sollen eine Reise nach Pakistan unternommen und Kontakt mit terroristischen Gruppen gehabt haben.
31. Juli 2006 Deutschland	Versuchte Bombenanschläge durch zwei libanesischen Studenten als Reaktion auf Mohammed-Karikaturen.	Mikrozelle. Schwache Verbundenheit mit dem Land (ein Jahr zuvor eingereist).
5. November 2009 USA	Auf der Militärbasis Fort Hood schießt ein Major mit der Pistole auf seine Kollegen. ⇒ 13 Todesopfer, 30 Verletzte.	Allein handelnder Täter, selbstradikalisiert, kaum angegliedert (Kommunikation mit einer Leitfigur des Dschihad).
14. Mai 2010 Grossbritannien	Eine Studentin ersticht einen Parlamentarier. Sie wurde im Vorfeld von dschihadistischen Reden beeinflusst.	Allein handelnde Täterin, selbstradikalisiert mittels Internet, nirgends angegliedert.
2. März 2011 Deutschland	21-Jähriger erschießt am Flughafen Frankfurt zwei amerikanische Soldaten, die auf dem Weg nach Afghanistan sind, zwei weitere werden schwer verletzt.	Allein handelnder Täter, selbstradikalisiert mittels Internet. Hatte Kontakte mit der salafistischen Bewegung, nicht angegliedert.
22. Juli 2011 Norwegen	Bombenattentat in Oslo und Blutbad auf der Insel Utoya durch Anders Behring Breivik. ⇒ 77 Todesopfer, 151 Verletzte.	Allein handelnder Täter, ohne Aussenkontakte. Selbstgebaute Bombe. Einer der wenigen nicht dschihadistisch inspirierten Fälle in den letzten Jahren.
März 2012 Frankreich	Ein junger Erwachsener ermordet drei Soldaten in Toulouse und Montauban. Anschliessend Angriff auf eine jüdische Schule, es sterben ein Erwachsener und drei Kinder.	Allein handelnder Täter, der nach Pakistan/Afghanistan gereist war.
15. April 2013 USA	Bombenattentat durch zwei tschetschenische Brüder am Marathon von Boston. ⇒ Drei Todesopfer und 264 Verletzte.	Mikrozelle. Beeinflusst von dschihadistischer Propaganda (Magazin „Inspire“).
22. Mai 2013 Grossbritannien	Zwei Männer ermorden einen britischen Soldaten mit blanker Waffe mitten im Quartier Woolwich bei London.	Mikrozelle. Die zwei selbstradikalisierten Einzeltäter sind in London aufgewachsen und haben eine kriminelle Vergangenheit.
25. Mai 2013 Frankreich	Anschlag eines zum Islam konvertierten Täters mit blanker Waffe auf einen Soldaten im Antiterrorereinsatz; das Opfer wurde leicht verletzt.	Allein handelnder Täter. Kaum vorbereiteter Anschlag auf ein Gelegenheitsopfer.

## AUSSICHTEN

---

### **Schweiz: Künftig mehr Radikalisierung zum Dschihadismus?**

Obwohl die Schweiz noch nie direkt Opfer von hausgemachtem dschihadistisch motiviertem Terrorismus wurde, besteht ein Radikalisierungsrisiko innerhalb einer Randgruppe der muslimischen Bevölkerung. Junge Muslime aus dieser Randgruppe, die eine Identitätskrise durchlaufen, sich in einer schwierigen persönlichen Situation befinden und für sich eine nur unbefriedigende Zukunftsperspektive sehen, könnten auf der Suche nach einem höheren Selbstwertgefühl und sozialer Anerkennung von Einsätzen für die dschihadistische Sache angezogen werden. Islamistische Propaganda ist ein weiterer Faktor hierbei. Isolierten Personen bietet das Internet die Möglichkeit, mit anderen Nutzern in Verbindung zu treten und eine virtuelle Gemeinschaft zu schaffen, mit der sie sich identifizieren können. Für in der Schweiz wohnhafte junge Personen ist es daher einfach, im Internet in islamistischen sozialen Netzwerken zu verkehren und dschihadistische Propaganda zu konsumieren und weiter zu verbreiten.

### **Schweiz: Islamkritik als potenzieller Auslöser von Gewalt**

Jegliche politische Aussage oder jeder Entscheidung, der die muslimische Gesellschaft in der Schweiz objektiv oder subjektiv beeinträchtigt, kann von Dschihadisten als Feindseligkeit der Schweiz gegenüber Muslimen interpretiert werden und Reaktionen oder sogar Gewalttaten in der Schweiz oder gegen Schweizer Interessen

im Ausland auslösen. So könnte die Situation nach einem allfälligen Verhüllungsverbot mit jener nach der Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten durch das Schweizer Volk in November 2009 verglichen werden. Trotz der damaligen Befürchtungen wurden die Schweiz und ihre Interessen im Ausland jedoch mit keinem terroristischen Ereignis konfrontiert. Im Gegensatz zum Minarett, das kein wesentlicher Bestandteil der Ausübung des muslimischen Glaubens ist, sind die Burka und der Nikab aber heiklere Themen, da sie nach Ansicht von Islamisten und Salafisten ein wesentliches Glaubensmerkmal darstellen. Die Wirkungskraft solcher Symbole darf nicht unterschätzt werden, wie auch der Streit um die dänischen Mohammedkarikaturen gezeigt hat. Der NDB verfolgt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags die andauernde Diskussion über Islamfeindlichkeit, die sich auch im Internet abspielt.

### **Anschläge von Einzeltätern schwierig zu verhindern**

Parallel dazu besteht das Problem der eventuell in die Schweiz zurückkehrenden Dschihadreisenden. Dies könnte Auswirkungen auf die Sicherheit haben, vor allem falls Personen ein Kampftraining absolviert oder an Kämpfen im Konfliktgebiet teilgenommen haben. Wie der NDB bereits in den vorangehenden Lageberichten betont hat, ist es überall schwierig, Einzeltäter rechtzeitig zu stoppen, selbst wenn die Person bereits polizeilich oder nachrichten-

dienstlich bekannt ist. Dies gilt umso mehr in Staaten wie der Schweiz, wo hohe rechtliche Anforderungen für die nachrichtendienstliche Bearbeitung von Personen und Ereignissen gelten. Hier nimmt der NDB seinen Auftrag so weit wahr, als ihm das aufgrund der bestehenden Rechtsgrundlagen möglich ist. Aber auch wenn die Schweiz kein erklärtes prioritäres Ziel für dschihadistisch motivierte Anschläge ist, können Attentate, vor allem auch von radikalisierten Einzeltätern, nicht ausgeschlossen werden. Schliesslich ist der Nachahmungseffekt nicht zu unterschätzen, den Terrorakte in Europa hervorrufen können. Anschläge wie jene von Boston oder London könnten auch in der Schweiz Einzeltäter zu einer terroristischen Tat anspornen. Darüber hinaus können ausländische Interessen in der Schweiz – zum Beispiel Botschaften – oder in unserem Land anwesende supra- oder internationale Organisationen fallweise oder permanent einer höheren Bedrohung seitens terroristischer oder gewaltextremistischer Gruppierungen ausgesetzt sein.

### Weiterhin hohes Terror- und Entführungsrisiko in Konfliktzonen

Weiterhin besteht ein hohes Risiko für Schweizerinnen und Schweizer, Opfer von dschihadistischen Terroranschlägen oder Entführungen in Dschihadgebieten oder in ihrem unmittelbaren Umfeld zu werden. Die Ereignisse der letzten Jahre – zum Beispiel die gut zehn Entführungen seit 2009 –, verdeutlichen diese Bedrohungen. Ein Schweizer Bürger war auch bei Redaktionsschluss noch in der Gewalt der Abu-Sayyaf-Gruppierung in den Philippinen.

Bei allen seit 2009 verzeichneten Entführungen mit politischem oder terroristischem Hintergrund war dieser Hintergrund dschihadistisch. In allen Fällen riet das EDA in seinen Reisehinweisen vor dem Besuch des jeweiligen Landes ab – entweder generell oder dem Besuch eines bestimmten Gebiets dieses Landes. Damit kann auch die Wichtigkeit, die Reisehinweise des EDA zu beachten, nicht genug betont werden.



## Die Reisehinweise des EDA

Die Reisehinweise des EDA decken 176 Länder ab und werden auf der Internetseite des EDA über zwei Millionen Mal pro Jahr konsultiert. Sie stehen ausserdem auf der Smartphone-App „itineris“ zur Verfügung. Dort lassen sich zudem Reisepläne elektronisch erfassen. Auf Twitter gibt das EDA allgemeine Reisetipps und informiert über die wichtigsten Aktualisierungen der Reisehinweise.

Die Reisehinweise geben eine breit abgestützte Einschätzung der Sicherheitslage, mit Schwerpunkten in den Bereichen Politik und Kriminalität:

- Weil die Reisenden manchmal mit so vielen und widersprüchlichen Informationen konfrontiert werden, dass sie diese nur schwer einordnen können, helfen ihnen die Reisehinweise bei der Wahl der Feriendestination.
- Weil das EDA durch seine Botschaften und Konsulate im Ausland gut vernetzt ist und auch Informationen anderer Bundesstellen, zum Beispiel jene des NDB, integriert, kann es für seine Reisehinweise eine ausgewogene Lageeinschätzung vornehmen.
- Weil das EDA keine finanziellen Interessen verfolgt, wird es von der Reisebranche und der Bevölkerung als unabhängig und vertrauenswürdig geschätzt.

Die Reisehinweise empfehlen Vorsichtsmassnahmen, um die Risiken zu vermindern,

- weil das EDA vom Bundesrat den Auftrag erhalten hat, auf mögliche Risiken bei Auslandsreisen aufmerksam zu machen
- weil es möchte, dass die Traumferien nicht zu Albträumen werden
- und weil sich Risiken nur vermindern lassen, wenn man sie kennt.

Im Extremfall rät das EDA von Reisen in ein bestimmtes Gebiet oder Land ab,

- weil das EDA wegen der besonderen Gefahrenlage Reisen dorthin als zu risikoreich einschätzt
- und weil das EDA oft nur beschränkten oder gar keinen Zugang zu Krisengebieten hat und deshalb die Schweizer Mitbürgerinnen und Mitbürger dort nur beschränkt oder gar nicht unterstützen kann. ■

### Im Internet unter

[www.eda.admin.ch/reisehinweise](http://www.eda.admin.ch/reisehinweise)  
[www.dfae.admin.ch/voyages](http://www.dfae.admin.ch/voyages)  
[www.dfae.admin.ch/viaggi](http://www.dfae.admin.ch/viaggi)  
[www.twitter.com/travel\\_edadfae](https://www.twitter.com/travel_edadfae)

### Als App für Android und iPhone

itineris

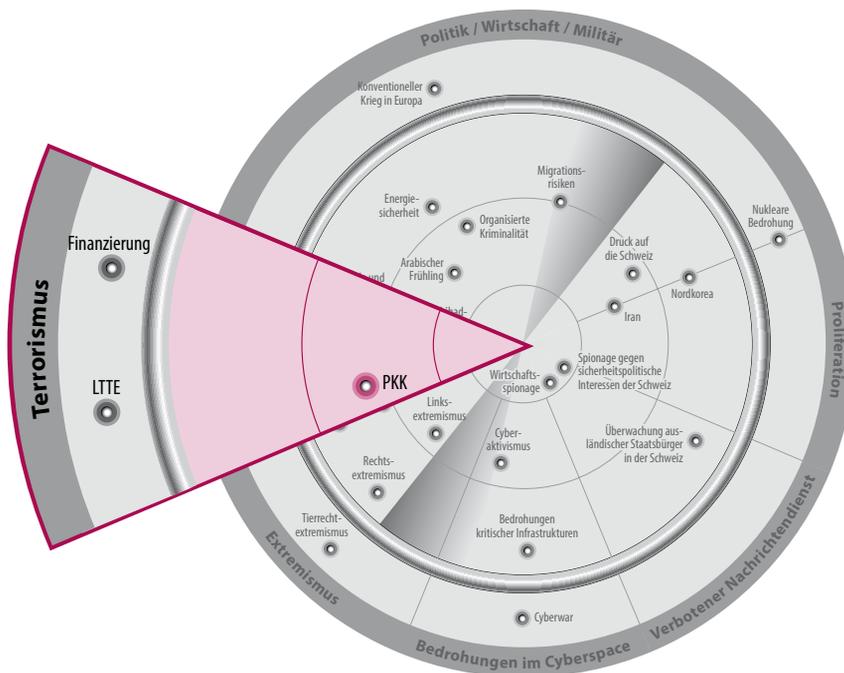


Links: Von Usern in der Schweiz ins Internet gestellte Propaganda



# Ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die separatistischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) haben in den letzten Jahren den ethno-nationalistisch motivierten Gewaltextremismus in der Schweiz geprägt. Die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK-Führung in der Türkei und die Zerschlagung der LTTE nach ihrer militärischen Niederlage 2009 in Sri Lanka haben dazu geführt, dass 2013 keine ethno-nationalistisch motivierten Gewalttaten zu verzeichnen waren.



## LAGE

---

### **PKK-Waffenstillstand hält**

Der inhaftierte Chef der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, rief zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März 2013 erwartungsgemäss eine Waffenruhe aus. Schon seit Herbst 2012 finden Gespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK-Führung im Hinblick auf eine Lösung des Kurdenkonflikts in der Türkei statt. Im Gegensatz zu den geheim gehaltenen und nach Aufdeckung im September 2011 gescheiterten Oslo-Gesprächen erhalten diesmal Medien und Öffentlichkeit Informationen über die Gespräche. Die Konturen einer Lösung sind noch nicht absehbar; immerhin hat der Waffenstillstand zu einem europaweit ruhigen Verhalten der PKK ausserhalb der Türkei geführt.

### **Aktuell keine ethno-nationalistisch motivierten Gewalttaten in der Schweiz**

Die PKK und die separatistischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) haben in den letzten Jahren den ethno-nationalistisch motivierten Gewaltextremismus in der Schweiz geprägt. Die oben beschriebenen Vorgänge in der Türkei und die Zerschlagung der LTTE nach ihrer militärischen Niederlage 2009 in Sri Lanka haben dazu geführt, dass 2013 keine ethno-nationalistisch motivierten Gewalttaten zu verzeichnen waren.

Wie schon in den Vorjahren gibt es vereinzelte Hinweise auf zum Teil freiwillige, zum Teil erzwungene Geldspenden mit unklarem Verwendungszweck im Umfeld der PKK. Solche Geldspenden sind auch Gegenstand einer Strafuntersuchung der Bundesanwaltschaft gegen langjährige Verantwortliche des Schweizer Ablegers der LTTE.

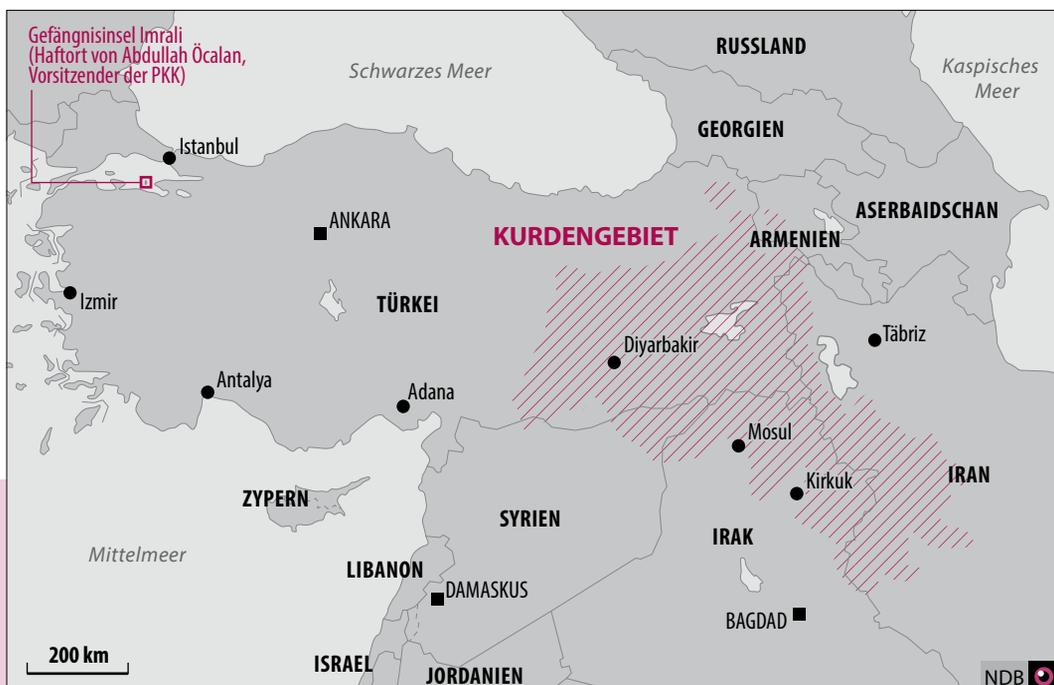
## BEURTEILUNG

### Generelle Entwicklung primär von Situation im Herkunftsland abhängig

Die Entwicklung im Bereich der ausländischen ethno-nationalistischen terroristischen und gewaltextremistischen Gruppierungen in der Schweiz ist primär abhängig von der Lage im jeweiligen Herkunftsland und der Grösse der Diasporagemeinschaft in der Schweiz als potenziellem Rekrutierungsreservoir für gewaltextremistische Gruppierungen. Mitglieder der jeweiligen Diasporagemeinschaft unterstützen solche Gruppierungen teils freiwillig, werden teils aber auch unter Druck gesetzt, Unterstützung zu leisten.

Eine Eskalation terroristisch motivierter oder anderer gewaltsamer Aktionen im Herkunftsland muss nicht direkt zu einer Verstärkung der Aktivitäten in der Diaspora führen. Ethno-nationalistische terroristische und gewaltextremistische Gruppierungen können aber, nicht zuletzt dank ihrer Jugendorganisationen, kurz-

fristig und mit wenig bis keiner Vorwarnzeit auch nach längerer Ruhephase wieder gewaltextremistisch tätig werden.



## AUSSICHTEN

---

### PKK:

#### Unsicherer Friedensprozess

Erstmals scheinen die türkische Regierung und Öcalan den Konflikt gemeinsam lösen zu wollen. Weder die Morde an drei PKK-Exponentinnen im Januar 2013 in Paris (Frankreich) noch ein Informationsleck zu einem der Besuche der Anwälte Öcalans auf der Gefängnisinsel Imrali konnten bisher die Gespräche zwischen den Parteien bremsen. Sowohl die Schritte seitens der Regierung als auch die Freilassung von Gefangenen durch die PKK lassen sich als Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Gespräche werten. Hindernisse und Rückschritte in der Entwicklung sind aber zu erwarten. Von Seiten der PKK könnten sowohl unrealistische Forderungen nach einer Amnestie für Öcalan und einem Autonomiestatus für die Kurdengebiete als auch Spannungen in der PKK den Konflikt erneut anheizen. Spannungen in der PKK sind bei einer weiteren Annäherung zwischen Regierung und Öcalan zu erwarten. PKK-interne Auseinandersetzungen würden das stabile Gefüge der PKK-Strukturen gefährden, könnten eine neue Gewaltspirale verursachen und damit auch die relative Ruhe in der kurdischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz gefährden. Wie sich die Entwicklung in Nordsyrien mit einer sich abzeichnenden Unabhängigkeit in den dortigen Kurdengebieten auf die PKK-Problematik im umliegenden Ausland (Türkei, Irak, Iran) und in Europa auswirkt, ist derzeit noch nicht absehbar.

### LTTE:

#### Situation in Sri Lanka weiterhin gespannt

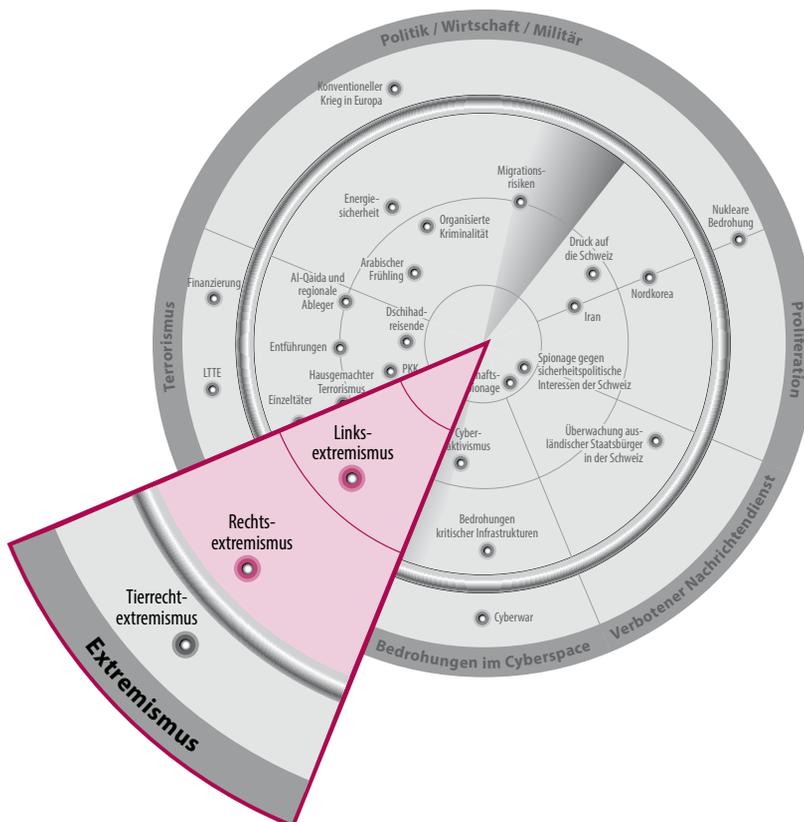
Der Wunsch nach einem eigenen Staat ist in der tamilischen Diasporagemeinschaft weiterhin verbreitet. Es besteht allerdings Uneinigkeit darüber, ob der Kampf mit politischen oder auch mit anderen Mitteln erfolgen soll. Momentan liegen keine konkreten Hinweise auf den Wiederaufbau einer gewalttätigen tamilischen Separatistenbewegung vor. Sollte es in Sri Lanka nicht gelingen, eine Vertrauensbasis zwischen Singhalesen und Tamilen zu schaffen oder sollte die tamilische Bevölkerungsminderheit weiterhin Repressionen durch die Regierung ausgesetzt sein, könnte dies zum erneuten Entstehen einer bewaffneten tamilischen Bewegung beitragen. ■





# Rechts-, Links- und Tierrechttextremismus

Der gewalttätige Extremismus in der Schweiz ist nicht staatsgefährdend. Zudem ist seit rund zwei Jahren die Lage ruhiger als zuvor. Zum einen tritt die gewaltbereite rechtsextreme Szene kaum mehr öffentlich und organisiert auf; Gewalttaten haben meist spontanen Charakter, werden häufig unter Alkoholeinfluss verübt und lassen keinerlei strategische Dimension erkennen. Zum anderen übt sich die linksextreme Szene weiterhin in taktischer Zurückhaltung, die sich in einer nachlassenden Intensität der Gewalttaten zeigt. Über die letzten zehn Jahre ist die gewaltbereite rechtsextreme Szene geschrumpft, die linksextreme gewachsen. Ihr jeweiliges Gewaltpotenzial hat sich dabei nicht verändert: Es ist als erheblich anzusehen, jedoch lassen sich in beiden Szenen keine Hinweise auf Entwicklungen hin zu terroristischen Aktivitäten erkennen.



## LAGE

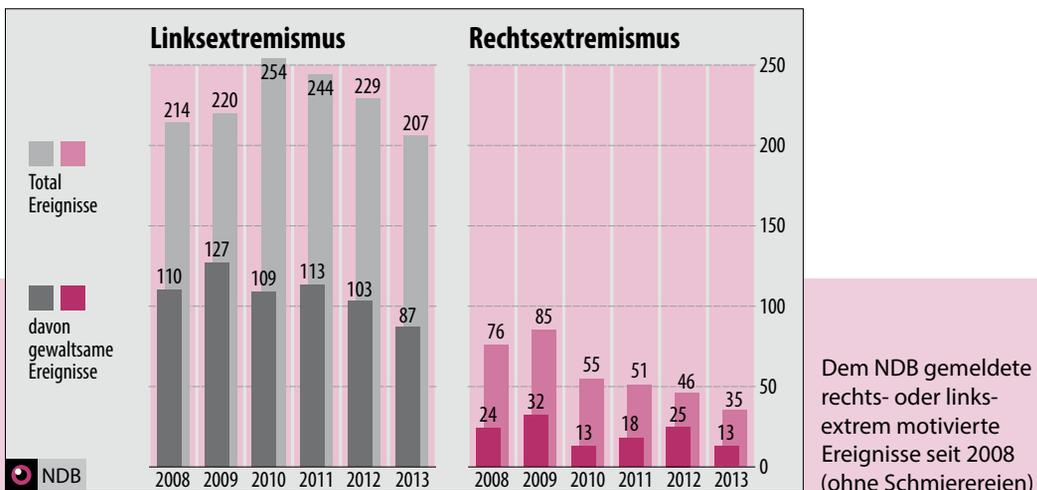
**Ereignisse:****Fortsetzung der Lageberuhigung**

Dem NDB wurden im Jahr 2013 im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus 35 Ereignisse, im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus 207 Ereignisse bekannt; bloße Schmierereien wurden nicht mitgezählt. Die Anzahl der festgestellten Ereignisse ist damit im Bereich Rechtsextremismus um 24 Prozent, im Bereich Linksextremismus um 17 Prozent zurückgegangen. Da diesen Prozentwerten nur kleine Zahlen zugrunde liegen, sind solche Jahresschwankungen kaum aussagekräftig. Die längerfristige Betrachtung zeigt eine seit Jahren währende Kontinuität – auf tiefem Niveau im Bereich des Rechts-, auf vergleichsweise hohem im Bereich Linksextremismus.

Mit Gewalt verbunden waren rund 37 Prozent der dem NDB bekannten Ereignisse im Bereich Rechts- und rund 42 Prozent im Bereich Linksextremismus. Die Gewaltanwendung zeigt sich dabei unterschiedlich. So verprügeln Rechtsextreme auch Unbeteiligte und verletzen oder bedrohen ihre Opfer mit Waffen oder Pfefferspray. In einem Fall setzten sie eine unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) ein. Von einer linksextrem motivierten Täterschaft wurden USBV zuletzt im Zusammenhang mit

dem World Economic Forum (WEF) im Januar 2013 benutzt, ansonsten begnügt sich die linksextreme Szene zurzeit meist mit Sachbeschädigungen wie Farbanschlägen und dem Einschlagen von Fenstern. Nur in einzelnen Fällen wurden Autos in Brand gesteckt, in einem Fall wurde eine EDV-Anlage unter Wasser gesetzt. Gegenüber Sicherheitskräften verhalten sich Linksextreme aggressiver als Rechtsextreme. Auch gegenüber Passanten verhalten sich Linksextreme anlässlich von Demonstrationen immer wieder aggressiv.

Ein mutmasslich von Rechtsextremen verübtes Tötungsdelikt in Paris (Frankreich) Anfang Juni 2013 und die Tötung eines griechischen Rappers mutmasslich durch Rechtsextreme und zweier Vertreter der griechischen rechtsextremen Partei Goldene Morgenröte vermutlich durch eine linksextreme Täterschaft Anfang November 2013 in Athen (Griechenland) zeigen das weiterhin europaweit vorhandene erhebliche Gewaltpotenzial beim Aufeinandertreffen rechts- und linksextremer Akteure. In der Schweiz verletzten im Juni 2012 Rechtsextreme einen Linksextremen schwer. Auch wenn die Konfrontationen seither in der Schweiz weniger gravierende Folgen hatten, bleibt doch festzustellen, dass beide Seiten zum Teil die



Gelegenheit nutzen, physisch gegeneinander vorzugehen. Wo Akteure und Anlässe einer der beiden Szenen erkannt werden, ist mit Störaktionen der Gegenseite zu rechnen. Es ist das Verdienst der Sicherheitskräfte, die dies in ihrem Dispositiv berücksichtigen, dass gewaltsame Auseinandersetzungen immer wieder verhindert werden können.

### Rechtsextremismus:

#### Gewalttaten mit rassistischem Hintergrund

Seit Juli 2012 sind Angriffe auf Einrichtungen des Asylwesens durch rechtsextreme Täter unterblieben. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gehören jedoch zum Rechtsextremismus. So verprügelten im Januar 2013 vier Rechtsextreme in Huttwil BE einen Tamilen und verwüsteten einen Kebabstand; im Mai 2013 pöbelten vier Rechtsextreme in Zürich Passanten an. Sie beleidigten dabei einen Kongolesen rassistisch und bedrohten ihn mit einem Messer. Im August 2013 versuchten Rechtsextreme in Solothurn anlässlich einer Demonstration von Asylbewerbern zu provozieren. Sie wurden festgenommen und nach ihrer Entlassung von Linksextremen tätlich angegriffen. Mit Ausnahme der Aktionen gegen Linksextreme – zu der die letztgenannte aus Sicht der Rechtsextremen zu rechnen ist – und eines Anschlags in Lausen BL, bei dem im Juni 2013 eine unbekannte Täterschaft eine USBV in eine Militärküche warf, die von Tamilen benutzt wurde, zeigen gewaltsame Übergriffe häufig ein ähnliches Bild: Die Täter stehen oft unter Alkoholeinfluss, führen in Einzelfällen Waffen mit sich und setzen diese manchmal zumindest zur Drohung ein.

Die gewaltbereite rechtsextreme Szene hält sich weiterhin bedeckt und handelt im Verborgenen. An offiziellen Jubiläumsfeiern (1. August, Sempach, Morgarten) unterbleiben mittlerweile sogar die Versuche Rechtsextremer, daran teilzunehmen; allenfalls erfolgt ein gesonderter Aufmarsch abseits der Öffentlichkeit. Die übliche nachträgliche Bundesfeier der Szene auf dem Rütli entfiel 2013, nachdem 2012 erstmals mehrere Gruppierungen gemeinsam dazu aufgerufen hatten. Hingegen besuchen Rechtsextreme weiterhin einschlägige Veranstaltungen wie Skinheadkonzerte oder Kampfsportturniere im nahe gelegenen Ausland – namentlich in Italien und Deutschland. Zudem konzentriert sich die Szene vermehrt auf den virtuellen Raum. Hier werden schon seit einiger Zeit und in steigendem Masse insbesondere die besser gegen aussen abschirmbaren sozialen Netze genutzt.

Vereinzelte Veranstaltungen waren in der Schweiz dennoch zu verzeichnen. Sie werden als Privatanlässe getarnt, zum Beispiel als Geburtstags- oder Verlobungsfeier. Die Rechtsextremen rechnen nicht nur mit Bestrebungen der Behörden, solche Veranstaltungen zu verhindern, sondern auch damit, dass die Behörden dabei etwa durch Hinweise aus der Bevölkerung unterstützt werden. Solche Unterstützung kann fehlende rechtliche Handhaben ersetzen. Ein Beispiel sei genannt, bei dem es den Rechtsextremen am Ende gelang, ihre Veranstaltung durchzuführen: Als im September 2013 ein Skinheadkonzert in der Schweiz geplant wurde, hielten die Organisatoren wie üblich nicht nur den Veranstaltungsort möglichst lange geheim, sondern hatten bereits im Voraus für Ersatz gesorgt. Nach Bekanntwerden des Veranstal-



Hinweisschild zum  
Skinheadkonzert im  
September 2013

tungsorts in Gossau ZH konnte der Anlass dort verhindert werden, nicht jedoch im vorbereiteten Ausweichstandort Ebnat-Kappel SG. Im Februar 2014 führten maskierte Rechtsextreme in Solothurn einen Fackelmarsch durch.

### **Linksextremismus: Schwerpunktverlagerung auf breiter Themenpalette**

Im Gegensatz zur gewaltbereiten rechtsextremen sucht die linksextreme Szene die Öffentlichkeit. Sie kennt eine ganze Palette von Themen, zu denen sie sich äussert. Da sie selbst die Tagesaktualität der öffentlichen Medien nicht bestimmen kann, ergeben sich immer wieder Schwerpunktsverlagerungen.

Ein genuines Thema der gewaltbereiten linksextremen Szene ist die „Gefangenensolidarität“ und deren Gegenstück, der „Kampf gegen die Repression“. Schon seit einigen Jahren ist die Lage im Bereich Linksextremismus stark von der Solidarität mit vorgeblich politischen Gefangenen bestimmt. „Solidarisch“ zeigt sich die Szene mit dem wegen eines Mordes in der Schweiz inhaftierten gewalttätigen Umweltaktivisten und Anarchisten Marco Camenisch, dem auch im Ausland Anschläge und Aktionen gewidmet werden. Kaum ins Gewicht fallen dagegen Solidaritätsaktionen mit einem bis 2014 inhaftierten Führungsmitglied des Revolutionären Aufbaus Zürich (RAZ), jedenfalls erfolgen diese Aktionen kaum gewaltsam. Das Motiv dieser auffälligen Zurückhaltung dürfte sein, die Haftbedingungen des Führungsmitglieds nicht zu erschweren. Es könnte sich demnach um eine Fortsetzung der taktischen Zurückhaltung handeln, die schon in der Untersuchungs- und Prozessphase die Lage prägte.

Ein Schwerpunkt ist aufgrund verschiedener Tagesaktualitäten derzeit die Asylpolitik. Vor diesem Hintergrund waren auch Angriffe auf das in diesem Zusammenhang von der linksextremen Szene bevorzugte Feindbild, die Schweizerische Volkspartei (SVP), zu verzeichnen.

Sowohl das WEF in Davos GR wie der Tag der Arbeit wurden 2013 von Farbanschlägen und anderen Sachbeschädigungen begleitet. Während, wie erwähnt, gegen das WEF 2013 auch zwei USBV zum Einsatz kamen, begnügten sich die Linksextremen anlässlich des WEF 2014 mit Farbanschlägen; Aktionen in verschiedenen Städten verliefen 2014 gewaltfrei. Insbesondere am Tag der Arbeit 2013 gelang es den Sicherheitsbehörden, Gewalt im Umfeld der Demonstrationen und Kundgebungen zu verhindern. Sowohl der 1. Mai wie das WEF bilden Fixpunkte im linksextremen Terminkalender und werden dies auch bleiben.

Beim WEF und am 1. Mai stehen die gewaltbereiten Linksextremen mit ihren Absichten alleine da. Gerade im Fall des WEF lässt sich der friedliche Teil der Globalisierungsgegner seit Längerem nicht mehr mobilisieren, sodass den Linksextremen eine Plattform fehlt. Andere Veranstaltungen lassen sich zumindest zurzeit noch besser instrumentalisieren. Möglichkeiten bietet den gewaltbereiten Linksextremen seit einigen Jahren die vielgestaltige Freiraumbewegung. Veranstaltungen wie „Reclaim the Streets“ oder „Tanz Dich Frei“ bieten gewaltbereiten Linksextremen immer wieder eine Plattform, um Gewalttaten zu verüben und um neue Mitglieder zu rekrutieren. Die linksextreme Szene initiiert diese Anlässe meist nicht

selbst, beteiligt sich aber als Trittbrettfahrer und verübt teilweise Gewalttaten oder stachelt dazu an, wobei sie auch die Gewaltbereitschaft an sich apolitischer junger Gelegenheitstäter nutzt. Allerdings vermutet die Polizei hinter der Anfang Januar 2013 gegründeten Facebookgruppe „Tanz Dich Frei“ linksextreme Gruppierungen. An die Spitze der Veranstaltung am 25. Mai 2013 in Bern setzten sich von Beginn an rund 250 zum Teil vermummte, schwarz gekleidete Personen. Auf der Umzugsroute wurden Sachbeschädigungen verübt und schliesslich griffen rund 150 Personen die Polizei an der Schranke zum Sicherheitskorridor massiv und ohne Vorwarnung an. Diese setzte Wasser, Gummigeschosse und Reizgas ein. Während der Grossteil der rund 10'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer friedlich feierte, beteiligten sich in der ganzen Berner Innenstadt auch Krawalltouristen an den Auseinandersetzungen mit der Polizei; es wurden Schaufensterscheiben eingeworfen und Läden geplündert. Insgesamt entstand ein Sachschaden von einer Million Franken, die Deliktssumme der Plünderungen betrug rund 70'000 Franken, 29 Personen mussten hospitalisiert werden und 18 Mitarbeiter der Polizei wurden verletzt. 62 Personen wurden verhaftet, darunter elf Jugendliche.

### Internationale Verbindungen der Szenen verschieden ausgestaltet

Die gewaltbereiten rechts- und linksextremen Szenen in der Schweiz unterhalten Kontakte ins Ausland. Diese Kontakte erhöhen das Gewaltpotenzial in der Schweiz. Zumindest für die linksextreme Szene hat die jüngste Zeit dies belegt, in der Tierrechtszene liegen die Beispiele einige Jahre zurück.

Die vornehmlich in der Deutschschweiz konzentrierte rechtsextreme Szene bleibt weitgehend auf persönliche grenzüberschreitende Kontakte beschränkt. Diese werden durch die seit Jahren anhaltende Tendenz begünstigt, Veranstaltungen nicht in der Schweiz durchzuführen, sondern hierfür Ersatz zu suchen und an Veranstaltungen im Ausland teilzunehmen. Die Form der Beziehungen – unstrukturierte Einzelkontakte – hat sich dadurch nicht verändert. Allerdings ist seit einigen Jahren im französisch-schweizerischen Grenzgebiet ein neues rechtsextremes Netzwerk im Aufbau, in dem auch Schweizer eine über Einzelkontakte hinaus strukturell wichtige Rolle spielen. Wenig Entwicklung ist hingegen bei den Kontakten nach Deutschland festzustellen: sie bleiben punktuell, von institutionalisierten Beziehungen kann nicht gesprochen werden. Die Fest-



„Tanz Dich Frei“ – Ausschreitungen am 25. Mai 2013 in Bern

stellung, dass in den letzten Jahren Rechtsextreme aus Deutschland in die Schweiz zugezogen sind, gilt weiterhin. Es ist jedoch festzuhalten, dass es keine konkreten Hinweise darauf gibt, dass wegen des erhöhten Repressionsdrucks in Deutschland im Gefolge der Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) rechtsextreme Strukturen aus Deutschland in die Schweiz verlagert werden. Auch spielen zugezogene deutsche Rechtsextreme derzeit keine wichtige Rolle in der Schweizer Szene, und es gibt keine Hinweise darauf, dass sie hier Straftaten planen oder verüben. Die Zuwanderung dürfte jeweils wirtschaftliche Motive haben.

Strukturierter als im Bereich Rechtsextremismus ist die Zusammenarbeit der linksextremen Szene mit ausländischen Pendanten. Da der Taktgeber für die hiesige Szene auch die treibende Kraft hinter den internationalen Beziehungen ist, wird klar, weshalb auch hier die Lage derzeit ruhig ist. Zu nennen ist der RAZ, der eines der Generalsekretariate des Secours Rouge International (SRI) führt und entsprechenden Einfluss ausübt. Personelle Bezüge bestehen zudem zur Federazione Anarchica Informale (FAI) in Norditalien. Diese war nach dem verhinderten Bombenanschlag einer Anarchistin und zweier Anarchisten mit italienischer beziehungsweise italienisch-schweizerischer Staatsbürgerschaft auf ein Forschungszentrum der IBM in Rueschlikon ZH im Jahr 2010 zusammen mit der griechischen Gruppierung Konspiration der Zellen des Feuers für Anschläge unter anderem in der Schweiz und gegen Schweizer Interessen im Ausland verantwortlich. Teile der FAI sind mittlerweile durch Erfolge der italienischen Straf-

verfolgungsbehörden geschwächt. Der jüngste Anschlagversuch auf die italienische Zeitung „La Stampa“ Anfang Oktober 2013 dürfte aus den Reihen der No-TAV-Bewegung stammen und nicht aus der FAI. Die No-TAV-Bewegung richtet sich gegen die Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung zwischen Turin (Italien) und Lyon (Frankreich) und erfährt auch Unterstützung aus der gewaltbereiten linksextremen Szene der Schweiz. Schweizer Linksextreme beteiligen sich zudem an den Protesten gegen das Flughafenprojekt Notre-Dame-des-Landes in Frankreich. Die FAI ihrerseits wurde möglicherweise Ende 2013 mit einer Briefbombe gegen die Präfektur in Neapel (Italien) aktiv; eine gleichzeitige Aktion in Griechenland sollte auch als Solidaritätsaktion mit Camenisch verstanden werden.

#### **Tierrechtextremismus: Keine selbstständige Gewaltkampagne der Schweizer Szene**

In der Schweiz leben nur wenige Tierrechtextremisten, die fähig und willens wären, hierzulande eine gewaltsame Kampagne zu führen. Derzeit tun sie dies nicht, doch bleiben Kontakte zu gewalttätigen Tierrechtextremisten im Ausland bestehen. Im Tessin, in der Westschweiz und im Kanton Bern waren vereinzelt Sachbeschädigungen und Sabotageakte mit Bekennung der Animal Liberation Front (ALF) beziehungsweise in deren Stil zu verzeichnen.

### Zahlen und Strukturen

Der NDB hat in den Jahren 2012 und 2013 die kantonalen Nachrichtendienststellen beauftragt, die Zahlen und Strukturen zum Extremismus in der Schweiz in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erheben. Gefragt wurde dem gesetzlichen Auftrag des NDB gemäss nach gewaltbereiten oder gewalttätigen rechts- beziehungsweise linksextremen Akteuren. Das hier vorliegende Resultat ist eine Momentaufnahme zweier Szenen im Hinblick auf ihr Gewaltpotenzial. Beiden Szenen ist gemeinsam, dass ihre Exponenten in der Regel zwischen 20 und 35 Jahre alt sind; die gewaltbereite linksextreme Szene zählt jedoch einen höheren Anteil an Frauen als ihr Gegenpol. Starke personelle Fluktuationen sind in beiden Szenen zu beobachten, jedoch dürfte die gewaltbereite linksextreme Szene im vergangenen Jahrzehnt insgesamt gewachsen, die gewaltbereite rechtsextreme hingegen deutlich kleiner geworden sein. Verlässliche Vergleichszahlen liegen jedoch nicht vor, da es sich bei Zahlenangaben angesichts der Abschottung der Szenen und starker personeller Fluktuationen um Schätzwerte handelt. Allerdings lässt sich allgemein darauf hinweisen, dass aus unterschiedlichen Gründen und Ursachen in der Schweiz der gewaltbereite Linksextremismus in den 1990er-Jahren eine Schwäche-, der gewaltbereite Rechtsextremismus aber eine Stärkephase hatte. Das Gewalt- und Schadenspotenzial der beiden Szenen bleibt bestehen.

Die Anzahl gewaltbereiter Rechtsextremer in der Schweiz schätzt der NDB auf rund 900 bis 1000 Personen. Rund ein Fünftel bis ein Viertel dieser Personen ist nicht nur als gewaltbereit, sondern auch als gewalttätig anzusehen. Am meisten gewaltbereite Rechtsextreme wurden in absteigender Reihenfolge in den Kantonen Bern, Zürich, St. Gallen, Luzern und Aargau festgestellt. Der Rechtsextremismus ist immer noch eher ein Deutschschweizer und ein eher ländliches Phänomen. Allerdings ist gerade die Szene in der französischsprachigen Schweiz in jüngerer Zeit besonders aktiv. Die beiden wichtigsten Skinheadorganisationen sind Blood & Honour und die Schweizer Hammerskins. Die Organisationen stehen in Konkurrenz zueinander und vermögen die Szene nicht überregional zu bündeln.

Die Anzahl der gewaltbereiten Linksextremen in der Schweiz ist ebenfalls eine Schätzung; sie liegt bei rund 3000 bis 3800 Personen. Rund ein Sechstel bis ein Viertel dieser Personen ist auch als gewalttätig anzusehen. Die Szene wächst nicht in allen Kantonen. In einzelnen Kantonen finden sich mehrere Gruppierungen; diese sind nur schwach strukturiert. Als Zentren sind der Grösse nach geordnet Zürich, Genf, Bern, Luzern, St. Gallen und Basel-Stadt zu nennen. Überregionale Aktivitäten werden vor allem durch den Revolutionären Aufbau Schweiz (RAS) – mit Sektionen in Zürich, Bern, Basel und Winterthur – organisiert beziehungsweise themengebunden durch den Secours Rouge International (SRI). Bei RAS und SRI sind dieselben Personen aktiv.

## BEURTEILUNG

### Rechtsextremismus:

#### Anpassung an die neue Situation

Seit Anfang dieses Jahrzehnts und angesichts der Reaktionen auf ihr provokantes öffentliches Auftreten ist der gewaltbereiten rechtsextremen Szene bewusst geworden, dass ihre Ideologie in der Schweiz kaum Anklang findet. Der Versuch, sich zu mässigen, sei es rhetorisch, sei es hinsichtlich physischer Gewaltausübung, und sich am politischen System zu beteiligen, hat keine Früchte getragen. Rechtsextreme sind in aller Regel berufstätig oder in Ausbildung und haben persönliche Konsequenzen zu gewärtigen, falls sie als Rechtsextreme erkannt werden. Zudem führen Verurteilungen und Haftstrafen zumindest räumlich und zeitlich begrenzt zu einem Rückgang von Gewaltdelikten. Die in einigen Kantonen deklarierte Nulltoleranzpolitik der Sicherheitsbehörden hat auch ihren Anteil an der Eindämmung der Szene. Vor diesem Hintergrund ist eine Fortsetzung des konspira-

tiven Verhaltens der Szene zu erwarten, zumal dies von der Verlagerung ins Internet und dort insbesondere in die sozialen Medien begünstigt wird.

Das Gewaltpotenzial jedoch bleibt bestehen, auch wenn es derzeit allenfalls situativ zum Tragen kommt. Alkohol senkt dabei häufig die Hemmschwelle. Eine strategische Ausrichtung der Gewaltausübung ist nicht zu erkennen, und trotz immer wiederkehrenden Versuchen, an grössere Themen oder aktuelle Ereignisse anzuknüpfen, bleibt die Szene auf sich selbst zurückgeworfen. Rechtsextreme sind zum Teil bewaffnet und setzen die mitgeführten Waffen gegebenenfalls ein. Schusswaffen werden gesammelt, gehandelt und möglicherweise auch über die Grenze geschmuggelt. Die Affinität der Rechtsextremen zu Waffen bleibt bestehen: Es ist aufgrund von Erkenntnissen aus Hausdurchsuchungen – in der Regel als Zufallsfunde – anzunehmen, dass in der Szene vielfach grössere Sammlungen funktionstüchtiger Waffen bestehen.



### Linksextremismus:

#### Suche nach einer Plattform

Die Anzahl der Ereignisse gibt einen Hinweis auf das Gewaltpotenzial des Linksextremismus. Die Intensität der Gewaltausübung hat aber in jüngster Zeit eher nachgelassen. So sind die szenetypischen Anschläge mit USBV derzeit selten. Taktische Zurückhaltung ist eine mögliche Erklärung für diese Entwicklung. Eine

Unterstützungsaufwurf der Genfer Szene zugunsten eines französischen Rechtsextremen, der im Juni 2013 in Paris im Verlaufe einer Auseinandersetzung einen Linksextremen getötet hatte.

andere Erklärung wäre, dass die Massnahmen der Strafverfolgungsbehörden für eine ruhigere Phase sorgen und darüber hinaus auch spezial- und generalpräventive Wirkung zeigen. Offenkundig ist, dass zum einen der internationale Bezug weiter vorhanden ist. Gewaltimport bleibt demnach weiterhin möglich, gleichzeitig beteiligen sich Schweizer Linksextreme auch an gewaltsamen Kampagnen wie zum Beispiel an der No-TAV-Bewegung im Ausland. Zudem hat die linksextreme Szene mit der Freiraumbewegung einen Ort gefunden, den sie als Plattform nutzen kann. Zumindest im jeweiligen lokalen Rahmen kann sie so ihre Isolation überwinden.

#### **Tierrechtextremismus:**

##### **Starke linksextreme Prägung**

Die kleine personelle Basis im Bereich des gewalttätigen Tierrechtextremismus kann längere ruhige Phasen zur Folge haben. Selten sind kleinere gewaltsame Aktionen festzustellen, ihre Kampagnen führt die kleine Szene aber derzeit überwiegend friedlich. Bezüge zu gewalttätigen ausländischen Tierrechtextremisten und zu gewaltsam geführten Kampagnen im Ausland sind vorhanden. Hervorzuheben ist jedoch, dass namentlich in Grossbritannien und in den Niederlanden die Akteure, die auch in der Schweiz gewalttätig aufgetreten sind, Haftstrafen verbüssen oder gerichtlichen Auflagen unterworfen sind, was auch dort zu einer Lageberuhigung geführt hat. Die gewaltbereite Schweizer Tierrechtszene ist, mit Ausnahme einer rechtsextrem orientierten Gruppierung, stark linksextrem geprägt. Sie betätigt sich in-

nerhalb der gewalttätigen linksextremen Szene, bildet aber auch einen Schnittpunkt zwischen den unterschiedlich ausgeprägten Tierrechtszenen zum einen in Grossbritannien und den Niederlanden und zum anderen in Italien.



Aufruf von Tierrechtextremisten zum Tag der Arbeit

## AUSSICHTEN

### Gewaltpotenzial bleibt bestehen

Das Gewaltpotenzial der drei gewaltextremistischen Szenen kann in der Schweiz generell als geringer eingestuft werden als im Ausland. Dies gilt insbesondere für Straftaten, bei denen beispielsweise Schusswaffen und Sprengstoff eingesetzt oder Personen mit Gewalt zumindest bedroht werden. Während geplante Gewalt aus einer Menge heraus oder spontane Raufhändel jederzeit möglich sind, setzen grössere Straftaten eine deutlich reduzierte Hemmschwelle voraus und sind nicht mehr Sache einer jeden gewaltbereiten Person. Hinsichtlich des Sprengstoffeinsatzes durch Linksextreme dürften die Verurteilungen in den vergangenen Jahren zumindest teilweise präventiv wirken. Radikalisierungen bleiben möglich und damit auch der Anstieg des Gewaltpotenzials – Hinweise auf eine solche Entwicklung fehlen jedoch derzeit in allen drei Szenen.

### Rechtsextremismus: Keine Strategie in Sicht

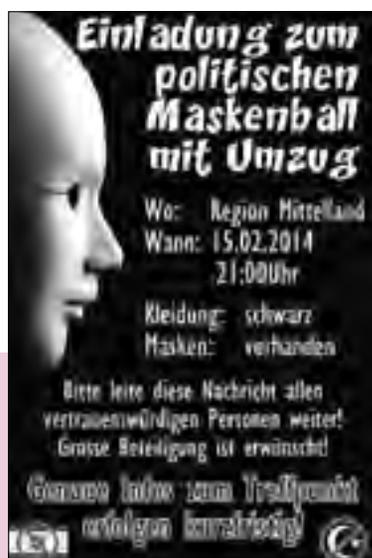
Unter den gegebenen Bedingungen ist zu erwarten, dass sich die Trends im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus fortsetzen werden. Zu erwarten ist demnach, dass sich die

gewaltbereite rechtsextreme Szene weiterhin konspirativ verhält. Seit einigen Jahren hat die Szene vermehrt Aktivitäten ins Internet verlagert; die Rechtsextremen werden auch hier auf Anonymität bedacht bleiben und insbesondere die sozialen Medien in geschlossenem Kreis nutzen. Ein Anknüpfungspunkt in der Tagesaktualität oder bei einer sozialen Bewegung ist derzeit nicht in Sicht und insofern kein Wachstum der Szene zu erwarten. Die absehbaren persönlichen Konsequenzen eines allzu forschen Auftritts als Rechtsextremer dürften ebenfalls dazu führen, dass sie sich möglichst bedeckt halten. Das grösste Entwicklungspotenzial, auch hinsichtlich einer Vernetzung mit ausländischen Gruppierungen, hat die – verglichen mit der Deutschschweizer Szene kleinere – Szene in der französischsprachigen Schweiz. Es ist aber zu erwarten, dass Rechtsextreme immer wieder versuchen werden, kleinere Veranstaltungen durchzuführen – sie werden sich dabei organisatorisch geschickt verhalten. Sollten Veranstaltungen – wie in den letzten Monaten zu verzeichnen – häufiger werden, so wird auch bei Beibehaltung konspirativer Formen die rechtsextreme Szene wieder sichtbar werden. Ein strategischer, auf ein grösseres Ziel ausgerichteter Einsatz von Gewalt ist nicht absehbar.

### Linksextremismus:

#### Anarchismus erhält mehr Gewicht

Zwei Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus sind absehbar, in ihren Folgen aber schwierig abzuschätzen – die Suche nach



Flyer zum Fackelmarsch in Solothurn, Februar 2014

einer neuen Plattform und der anstehende Generationenwechsel. Nebst den fest verankerten, quasi traditionellen Anlässen wie WEF und 1. Mai wird die gewaltbereite linksextreme Szene versuchen, eine neue Plattform zu finden. Vor einigen Jahren konnte sie vorübergehend die Antiglobalisierungsbewegung für ihre Zwecke instrumentalisieren; seither bemüht sie sich um neue Anknüpfungspunkte. Im Rahmen von Auseinandersetzungen über Nutzung und Entwicklung städtischen Raums könnte sie ein Thema und in der Freiraumbewegung einen sozialen Ort finden, um dies zu tun. Zumindest der RAZ dürfte auch weiter um internationale Vernetzung bemüht sein und versuchen, soziale Konflikte aus dem Ausland in der Schweiz für Mobilisierungen zu nutzen. Soziale Konflikte im Ausland könnten gewalttätigen Linksextremen auch zur Legitimation von Anschlägen dienen.

Die Zeit taktischer Zurückhaltung könnte mit der Haftentlassung von Führungspersonen der Szene zu Ende gehen. Offen bleibt die Frage, ob die Verurteilungen auch über die Strafverbüssung hinaus Präventionseffekte haben. An der künftigen Entwicklung wird sich auch zeigen, wie stark die Stellung des marxistisch-leninistischen Revolutionären Aufbaus Schweiz (RAS) tatsächlich noch ist. Je nachdem wird sich in der Szene ein Generationenwechsel an der Spitze vollziehen. Dieser könnte es unter

anderem mit sich bringen, dass der Anarchismus auf Kosten des Marxismus-Leninismus wichtiger wird. Schon jetzt jedoch bestimmt der Linksextremismus seine Ziele mehrheitlich negativ, und welche Themen im Kampf gegen das (kapitalistische) System wichtiger werden, dürfte künftig noch stärker von der Tagesaktualität bestimmt werden.

### **Tierrechtextremismus:**

#### **Kein Eintagsphänomen**

Weder international noch in der Schweiz bestehen derzeit Hinweise auf eine Kampagne, die mit einer der Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC) vergleichbaren kriminellen Energie betrieben würde. Der alltägliche Umgang mit Tieren wird aber ein Thema bleiben, das den scharfen Widerspruch auch gewaltbereiter Akteure hervorrufen wird. Tierrechtextremismus gibt es in seiner heutigen Form seit den 1960er-/70er-Jahren, er ist kein Eintagsphänomen. Die Szene hat schon mehrere Generationenwechsel hinter sich, und es ist davon auszugehen, dass neue Akteure das Thema und die Aktionsformen weiterführen werden. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass die Schweizer Szene von sich aus gewalttätig vorgehen würde. Hingegen bestehen Netze und Kontakte, die ein gewalttätiges Vorgehen ausländischer Akteure hierzulande erleichtern oder gar ermöglichen könnten. ■

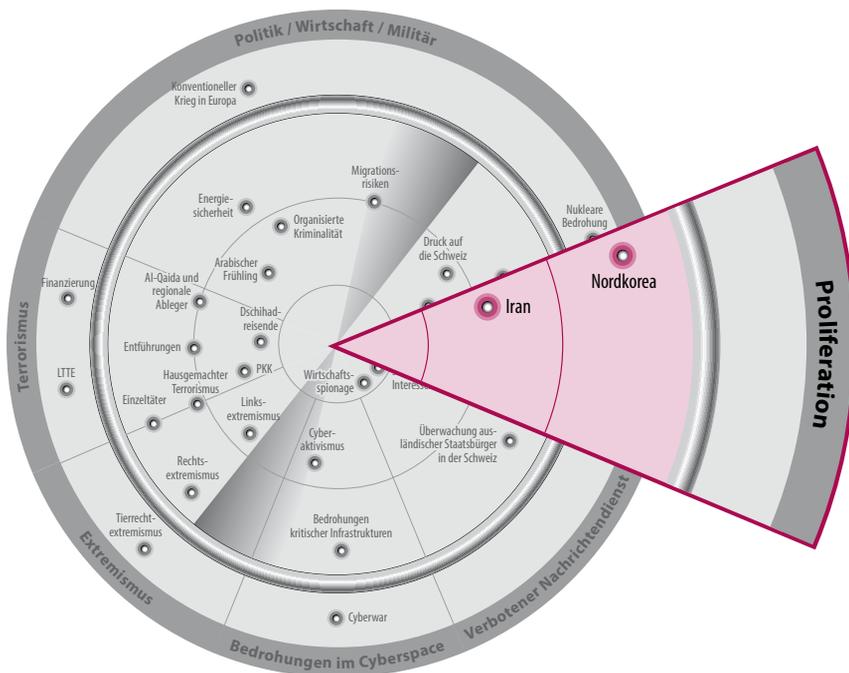


Tatwerkzeug für  
Farbanschläge,  
Bern im Januar 2014



# Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist eines der grossen Problemfelder unserer Zeit und Gegenstand zunehmend enger multilateraler Kooperation. Eine Reihe von Staaten steht unter Beobachtung. Syrien ist 2013, nach Bekanntwerden des Einsatzes chemischer Waffen, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) beigetreten und kooperiert derzeit bei der internationalen Kontrolle und anschliessenden Vernichtung seines Chemiewaffenarsenals. Im Zentrum der Besorgnis steht allerdings nach wie vor die Entwicklung in Iran und Nordkorea.



## LAGE

---

### Einleitung

Im Bereich der Programme von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermitteln sowie der Weiterverbreitung der relevanten Technologien stehen weiterhin Iran und Nordkorea im Vordergrund. Die Lageentwicklung um das iranische Atomprogramm lässt vorsichtigen Optimismus zu. Die an den Gesprächen beteiligten Staaten haben erkennbar Interesse an einer Lösung des Konflikts. Aus Sicht der Proliferation bleibt aber das inhärente Problem des iranischen Atomprogramms bestehen – die mögliche militärische Nutzung –, solange es nicht gelingt, zum einen ein wirksames Überwachungsregime zu installieren und zum anderen einen umfassenden politischen Ausgleich mit Teheran zu erzielen.

Auf dem indischen Subkontinent entwickeln sich die Arsenale und Technologien weiter. Pakistan arbeitet weiterhin an der Nuklearisierung des Gefechtsfelds und führt taktische Kernwaffensysteme bei der Truppe ein. Indien wird in absehbarer Zeit über eine einsatzfähige Interkontinentalrakete verfügen und arbeitet sich langsam an eine seegestützte Zweitschlagfähigkeit heran.

### **Iranisches Nuklearprogramm: Auf hohem Stand vorläufig eingefroren**

Das Nuklearprogramm Irans machte trotz des stetig steigenden internationalen Sanktionsdrucks unvermindert Fortschritte. Positiv zu vermerken ist, dass das Genfer Übergangsabkommen zwischen den fünf ständigen Mitglie-

dem des UNO-Sicherheitsrats (USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland und China) plus Deutschland und Iran vom November 2013 diese Fähigkeiten vorläufig auf hohem Niveau einfriert.

Im Rahmen seines Urananreicherungsprogramms verfügt Iran nun über rund 19'000 Zentrifugen. Die 2009 öffentlich aufgedeckte, stark verbunkerte Anlage von Fordo bei Qom ist vollständig ausgerüstet und militärisch stark gesichert.

Die Schwelle des Anreicherungsgrads von 3,5 Prozent, wie er für den Betrieb von zivilen Reaktoren zur Stromerzeugung notwendig ist, ist technisch überschritten. Das Übergangsabkommen verlangt jedoch von Iran, seine gesamten Vorräte an Uran mit Anreicherungsgrad von zwanzig Prozent zum Zweck einer zivilen Nutzung zu konvertieren oder zu verdünnen. Auch die Möglichkeit zur Produktion von Plutonium für Kernwaffen rückt in Reichweite. Gemäss iranischen Angaben sollte der Schwerwasserreaktor in Arak 2014 in Betrieb gehen. Das Übergangsabkommen streckt diese Zeitlinie über 2014 hinaus.

Iran verfügt heute grundsätzlich über die Voraussetzungen für eine im Bedarfsfall rasche Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial. Bei einer vollständigen Umsetzung des Übergangsabkommens wird der Zeitbedarf für den Bau eines Sprengsatzes allerdings erhöht. Ebenfalls positiv sind die Entwicklungen in der Beziehung Irans zur Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu werten. Strittige

Rechts: Reichweiten  
iranischer Trägermittel

Punkte – so etwa der Zugang zur Militäranlage von Parchin – dürften einer Lösung zugeführt werden.

**Iranische ballistische Lenkwaffen:  
Steter Ausbau**

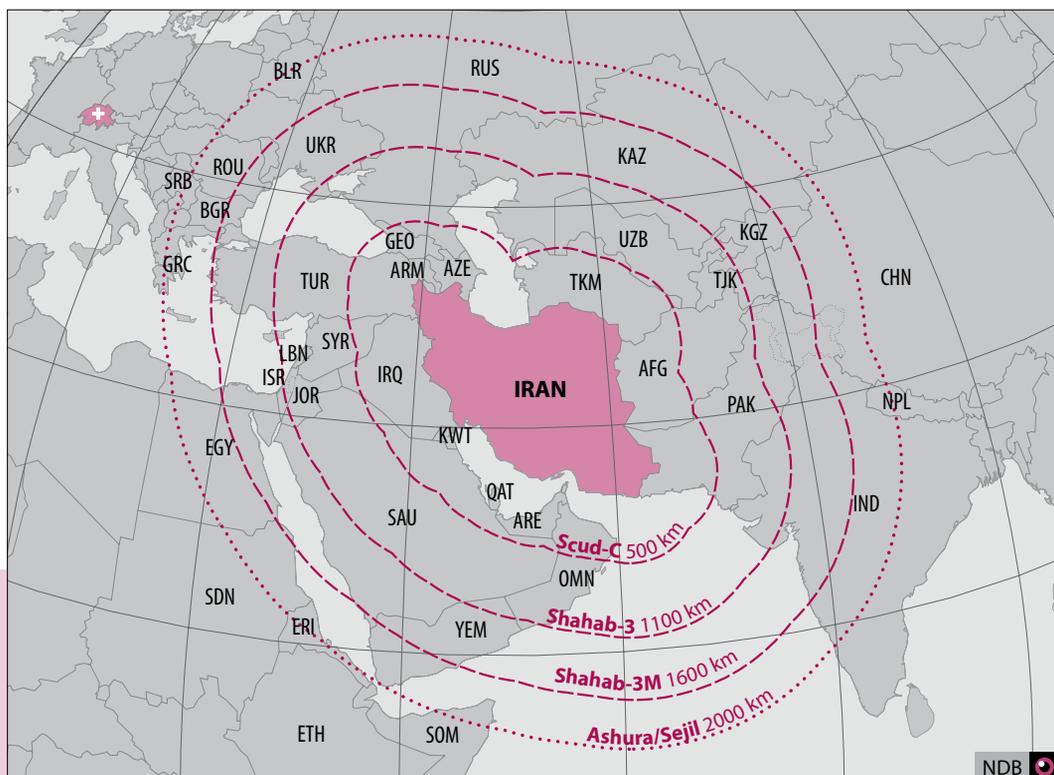
Auch im Bereich der Trägermittel entwickelte Iran seine Fähigkeiten weiter und demonstrierte diese erneut in militärischen Manövern, wenn auch weit weniger spektakulär als 2012. Das iranische Raumfahrtprogramm, das sich direkt auf die Technologie des militärischen Programms abstützt, zeigte nur geringe Fortschritte. In Iran selbst fällt der Aufbau eines zusätzlichen Startgeländes für ballistische Lenkwaffen ins Gewicht, was zeigt, dass Iran trotz der grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiterhin bereit ist, signifikante Ressourcen in seine Trägermittelpprogramme zu investieren. Der quantitative Ausbau des Arsenal hält an. Aber Systeme mit grösseren Reichweiten sind seit 2012 nicht eingeführt worden. Der Aufbau betrifft insbesondere Systeme kürzerer Reich-

weite, wie sie etwa im syrischen Bürgerkrieg verwendet werden.

Einen echten militärischen Quantensprung wird die Einführung der neuen Festtreibstoffrakete Ashura/Sejil (Reichweite 2000 Kilometer) darstellen, die sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befindet und dank einfacher und rascher Erstellung der Einsatzbereitschaft deutliche operationelle Vorteile bringen wird. Der stete Ausbau der iranischen Fähigkeit, Ziele in seiner Nachbarschaft mit ballistischen Lenkwaffen bedrohen zu können, dürfte nicht unwesentlich zu den regionalen Aufrüstungsbestrebungen insbesondere in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten beitragen.

**Nordkoreanisches Nuklearprogramm:  
Baufortschritte am neuen Reaktor**

Informationen zum nordkoreanischen Nuklearprogramm bleiben weiterhin bruchstückhaft. Der neue Leichtwasserreaktor im Nuklearkomplex Yongbyon nördlich der Hauptstadt scheint weitgehend fertiggestellt zu sein. Satellitenbil-



der zeigten Auffälligkeiten, die entweder auf die Inbetriebnahme des benachbarten, alten Reaktors oder Tests des neuen Kühlkreislaufs hindeuten. Zum Status des erstmals 2010 öffentlich gemachten nordkoreanischen Urananreicherungsprogramms sind nur wenige weitere Einzelheiten bekannt geworden. Unbestätigte Quellen sprechen von einer hohen Autonomie Nordkoreas bei der Fertigung von Schlüsselkomponenten für sein Anreicherungsprogramm. Dies wäre aus Sicht der Proliferation von besonderer Tragweite.

Am 12. Februar 2013 führte Nordkorea zum dritten Mal einen Kernwaffentest auf dem Testgelände Pungkye-ri durch. Die seismologischen Messdaten zeigen ein etwa doppelt so starkes Ereignis wie beim letzten Test 2009. Darüber hinaus lieferte die Datenauswertung der weltweit verteilten automatischen Messstationen, die die Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty Organization führt, keine zusätzlichen Erkenntnisse. Auffällig war die Berichterstattung der nordkoreanischen Seite über Doktrin und Einsatz von Kernwaffen. Dies könnte darauf hindeuten, dass Nordkorea nun auch die Einführung nuklearer Mittel bei der Truppe ernsthaft an die Hand nimmt.

**Nordkoreanische ballistische Lenkwaffen: Stetige Fortschritte**

Die Grundlage des nordkoreanischen Raketenbaus bildet eine komplette Baureihe von Flüssigtreibstofflenkwaffen, die weitgehend auf der Technologie älterer Systeme der sowjetischen Baureihe Scud beruhen. Die nordkoreanischen Weiterentwicklungen kurzer und mittlerer Reichweite wurden bereits an zahlreiche Länder weiterverkauft. Die Modelle grösserer Reichweite Taepodong-1 und -2 präsentiert Nordkorea als Weltraumraketen, also als Bestandteile eines legitimen zivilen Forschungsprogramms. Teile einer im Dezember 2012 unter dem Namen UNHA-3 gestarteten Taepodong-2 konnten von westlicher Seite geborgen werden, was zusätzliche Informationen über den Stand der nordkoreanischen Technik generierte. Eine technisch weiter fortgeschrittene Flüssigtreibstoffrakete wurde 2013 erneut an einer Parade gezeigt; ein Flugtest konnte bisher jedoch nicht beobachtet werden. Sollte ein derartiges mehrstufiges System operationell werden, so würde Nordkorea erstmals über ein Einsatzmittel mit interkontinentaler Reichweite verfügen. Bei der moderneren Festtreibstoffraketen-technologie befindet sich Nordkorea im Vergleich zu Iran oder Pakistan weiterhin im Rückstand.



### **Pakistan und Indien: Optimierung und Ausbau gefestigter Arsenale**

Auch auf dem indischen Subkontinent schreitet die Entwicklung von Technologien und Arsenalen voran. Pakistan verfügt über ein gut entwickeltes Arsenal von ballistischen Lenkwaffen, insbesondere der modernen Festtreibstoffbaureihen Ghaznavi und Shaheen (maximale Reichweite 2500 Kilometer). Alle Trägersysteme sind in der Lage, Nuklearsprengköpfe zu transportieren. Pakistan arbeitet derzeit an kleineren Trägersystemen und Marschflugkörpern, die für den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen geeignet sind. Diese Entwicklung wird unterstützt durch einen massiven Ausbau der Plutoniumproduktionskapazitäten und lässt vermuten, dass Pakistan auch an der weiteren Miniaturisierung seiner Nuklearsprengköpfe arbeitet. Damit wird über die Jahre auch eine nukleare Abschreckung auf taktischer Stufe angestrebt beziehungsweise ein nukleares Gegengewicht zur konventionellen Überlegenheit Indiens aufgebaut. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, da die Einsatzschwelle für nukleare Mittel dadurch tendenziell sinkt.

Indien verfügt ebenfalls über ein reifes Arsenal an ballistischen Lenkwaffen. Insbesondere die Agni-Baureihe entspricht moderner Festtreibstofftechnologie und kann Nuklearsprengköpfe tragen. Die grösste Rakete dieser Baureihe, die Agni-5 mit potenziell interkontinentaler Reichweite (definiert als über 5500 Kilometer) wurde 2013 erneut getestet. Konzeptionelle Arbeiten an einer nochmals grösseren Agni-6 scheinen an die Hand genommen worden zu sein. Nach seinen eigenen Angaben interessiert

sich Delhi auch für die Technologie von Mehrfachsprengköpfen und möchte diese auf seinen Langstreckenraketen dereinst zum Einsatz bringen. Spätestens mit einem solchen System würde dann auch Mitteleuropa theoretisch in Reichweite der indischen Waffen rücken. Indien arbeitet weiter an der Vervollständigung seiner nuklearen Triade (land-, luft- und seegestützte Systeme). 2009 lief das nukleargetriebene U-Boot der Arihant-Klasse vom Stapel. Mit der gemeldeten Inbetriebnahme des Reaktors hätte Indien einen wichtigen Meilenstein in diesem langjährigen Programm erreicht. Parallel dazu erfolgt die Entwicklung von seegestützten ballistischen Lenkwaffen sowie von Marschflugkörpern. Auch Indien baut nicht nur sein ziviles, sondern auch sein militärisches Nuklearprogramm weiter aus. Die Bestände an Kernwaffen dürften leicht tiefer liegen als jene Pakistans.

Links:  
Nuklearkomplex Yongbyon

## BEURTEILUNG

---

### **Nuklearkrise mit Iran: Eine echte Chance?**

Die Entwicklung in den erwähnten Nuklear- und Lenkwaffenprogrammen schreitet voran. Das iranische Nuklearprogramm ist im internationalen Kontext das virulenteste. Die Krise verläuft seit 2002 zyklisch. Mit dem Übergangsabkommen von November 2013 scheint der jüngste Spannungszyklus wieder einen Höhepunkt überschritten zu haben. Durchbrochen würde der Zyklus jedoch erst, falls mithilfe einer neuen Dynamik zwischen Iran und den USA die umfassende Lösung der Nuklearkrise gelänge. Bisher hat Iran die Verdachtsmomente, wie sie von der IAEA regelmässig, aber seit Ende 2011 in eindringlicher Form vorgebracht werden, nicht entkräften können. Auch die Zusammenarbeit mit der IAEA war bislang verbesserungsbedürftig. Iran unterliegt deshalb internationalen wirtschaftlichen Sanktionen in einem Ausmass, das nahe an ein vollständiges Embargo heranreicht. Die Auswirkungen der Sanktionen auf die iranische Wirtschaft sind unübersehbar. Das Land hat grosse Schwierigkeiten, Finanzmittel, die durchaus noch vorhanden sind, zu verschieben und damit liquid zu bleiben. Trotz diesen Schwierigkeiten hat das iranische Nuklearprogramm einen Stand erreicht, der eine ausgehandelte Rückkehr zum Stand von vor zehn Jahren als illusorisch erscheinen lässt. Ein zentrales Ziel des Verhandlungsprozesses ist es deshalb, die iranische Fähigkeit zum Ausbruch aus dem NPT-Kontrollregime hin zum Bau eines Sprengsatzes

unter möglichst enger Kontrolle zu halten. Ein nuklear bewaffneter Iran hätte nicht nur Auswirkungen in der Region und darüber hinaus, sondern würde insbesondere das Fundament internationaler Bemühungen zur Eindämmung der Proliferation zusätzlich erschüttern und könnte einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf entfachen.

### **Weiterhin bestehende Proliferationsgefahr**

Die nordkoreanischen Fähigkeiten in der Urananreicherung sind unklar, könnten im Bereich der Zentrifugentechnologie jedoch weiter sein als die iranischen. Das Regime in Nordkorea hat sich in der Vergangenheit nicht geschert, seine Raketentechnologie ohne Vorbehalte an zahlreiche Kunden wie Pakistan, Iran, Libyen, Ägypten und Syrien zu verkaufen. Es ist in der Lage, die gesamte Produktionspalette für ein Kernwaffenprogramm anzubieten, von der Produktion des Spaltmaterials (Uran und Plutonium), über den Bau eines einfachen nuklearen Sprengsatzes bis hin zu den benötigten Trägermitteln. Pakistan baut sein Nuklearprogramm weiterhin mit grosser Intensität aus und sucht derzeit auch Dual-use-Güter für den Aufbau einer effizienten Kommando- und Einsatzstruktur.

## AUSSICHTEN

---

### **Vielfältige Risiken für die Schweiz**

Der Fluss europäischer, kontrollpflichtiger Güter und Technologien über Drittländer in proliferationsrelevante Staaten ist für die Schweizer Exportkontrolle eine grosse Herausforderung. Die Schweiz verfügt über exzellente industrielle Fähigkeiten und bietet einen attraktiven und im internationalen Vergleich offenen Forschungsplatz an. Dank der internationalen Kooperation und der Zusammenarbeit mit der Industrie können regelmässig Beschaffungsversuche vereitelt werden. Entsprechend der Verschärfung der internationalen Sanktionen gegen Iran sind auch die vom NDB beobachteten Versuche gestiegen, diese Sanktionen über die Schweiz zu umgehen.

Die Herausforderungen nehmen jedoch zu. Die Beschaffungswege entwickeln sich weiter und werden neu organisiert. Viele von ihnen laufen über Asien. Die zunehmende Auslagerung von Produktion ins Ausland macht es sowohl für die Industrie als auch für die Behörden schwieriger, den Warenfluss kritischer Güter zu kontrollieren. Auch ist in den proliferationsrelevanten Bereichen eine Tendenz der Einkäufer festzustellen, auf die Beschaffung von Subsystemen und Komponenten zu fokussieren. Kritische Subsysteme zu identifizieren und dem illegalen Handel zu entziehen, ist ungleich schwieriger als im Fall von vollständigen Systemen, deren Ausfuhr grösseren und immer griffigeren internationalen Kontrollen unterworfen ist.

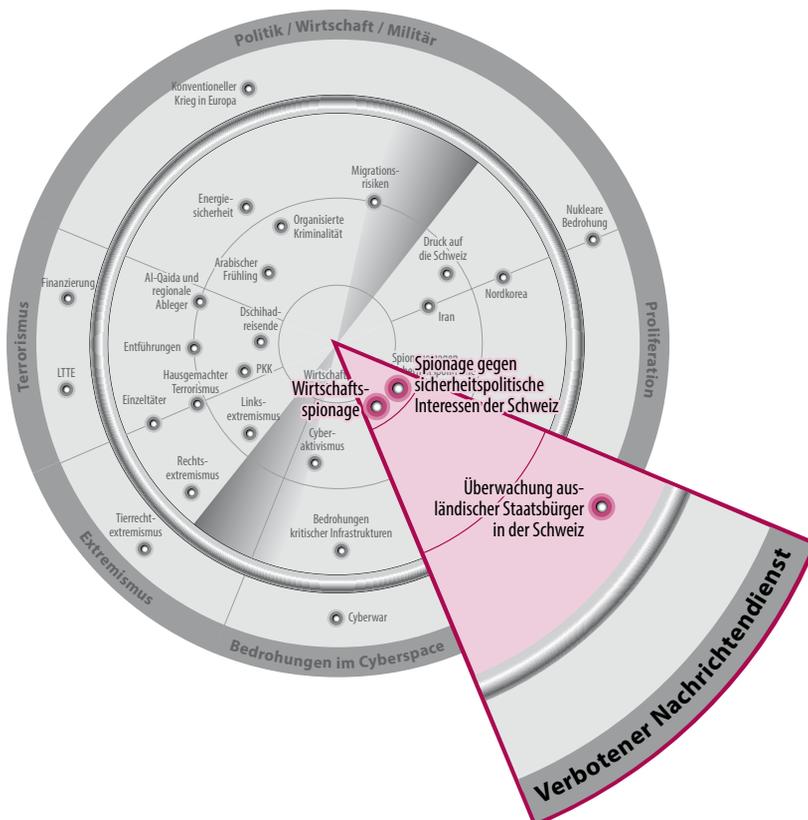
Als neue Herausforderung kommt die Planung gewisser Firmen – auch namhafter Konzerne – hinzu, ihre Daten in ausländischen Clouds zu halten. Dies sollte schon aus Sicht der Exportkontrollpflicht nicht ohne sorgfältige vorgängige Prüfung erfolgen. Wie die Snowden-Affäre illustriert, sind aber auch für Firmen mit der Informationsauslagerung weitere Gefahren verbunden.

Nachteilig wirkt sich auch aus, dass der NDB über keine Rechtsgrundlagen im Bereich Kontrolle der Finanzströme verfügt und auf die Überwachung des Güterflusses beschränkt ist. ■



# Verbotener Nachrichtendienst

Die Snowden-Affäre hat die Einschätzung bestätigt, dass Spionageaktivitäten auch unter sogenannten befreundeten Nationen stattfinden. Weiterhin sind Politik und Wirtschaft der Schweiz, aber auch hier niedergelassene ausländische Vertretungen und internationale Institutionen Ziel von Spionage durch die Nachrichtendienste verschiedener Staaten. Diese Dienste bedienen sich dabei verschiedener Spionagemethoden, und neben traditionellen Mitteln wie insbesondere dem Einsatz von menschlichen Quellen steht immer stärker die elektronische Spionage im Vordergrund.



## LAGE

---

### **Schweiz als Ziel nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung**

Die Schweiz ist als Staat und Wirtschaftsstandort Ziel von verbotenen nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Der hohe technologische Standard der Schweizer Industrie, der Forschungsstandort, die Hochschulen, die internationalen Forschungsgemeinschaften, die zentrale Lage in Europa, die UNO und andere internationale Gremien, der Finanzplatz, der Energie- und Rohstoffhandel, die gute Infrastruktur und die Kommunikationsmittel machen die Schweiz attraktiv als Ziel der Informationsbeschaffung seitens fremder Nachrichtendienste.

### **Genf im Blickpunkt der Spionage**

Als Sitz diverser internationaler Organisationen und globales Handelszentrum sind in der Schweiz nicht nur die Interessen der Schweiz selbst, sondern auch jene von Dritten durch Spionage gefährdet. So ist Genf aufgrund der dort ansässigen internationalen Institutionen ein idealer Ort für internationale Verhandlungen, aber auch, um beispielsweise mittels Demonstrationen auf die Interessen der Exilopposition mancher Staaten aufmerksam zu machen. Schliesslich ist die Schweiz auch Wohn- und Arbeitsort vieler ausländischer Diplomaten und Funktionäre, und es ist davon auszugehen, dass etliche von ihnen unter diplomatischer Tarnung nachrichtendienstlich aktiv sind.

In den von Edward Snowden verschiedenen internationalen Medien zugespielten Dokumenten des amerikanischen Abhördienstes NSA – siehe dazu das Schwerpunktthema dieses Lageberichts – gerät Genf denn auch gleich mehrfach in den Blickpunkt. Zum einen wurden in den Medien Hinweise darauf publiziert, dass die internationalen Organisationen in Genf ein wichtiges Aufklärungsziel sind, zum anderen behauptete Snowden selbst in einem Interview, während seiner Zeit als Mitarbeiter der US-Mission in Genf an nachrichtendienstlichen Operationen beteiligt gewesen zu sein.

### **Auch Diasporagemeinschaften betroffen**

Im Fokus des verbotenen Nachrichtendienstes stehen Interessen internationaler Organisationen und der Mitgliedländer dieser Organisationen, aber selbstverständlich auch die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Schweiz. Die Diasporagemeinschaften bestimmter Staaten in der Schweiz sind ebenfalls Ziele ausländischer Nachrichtendienste und mit ihnen hier ansässige ausländische Regimegegner und Oppositionelle. Letzteres trifft vor allem für die Dienste von Staaten zu, in denen die Meinungsäusserungs- und Medienfreiheit eingeschränkt ist und die über die Ressourcen verfügen, Regimegegner weltweit zu verfolgen.

### **Traditionelle Spionage weiterhin ein Thema**

Ausländische Nachrichtendienste bedienen sich mehrerer Spionagemethoden. Im Zusammenhang mit der Snowden-Affäre ist dabei in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund geraten, dass Spionage nicht nur im virtuellen Raum betrieben wird. So arbeiten Nachrichtendienste nach wie vor auch mit traditionellen Mitteln wie menschlichen Quellen (Anwerbung und Abschöpfung von Informanten, Humint), lebenden und toten Briefkästen oder Agentenfunk. Als Diplomaten, Journalisten, Forscher oder Geschäftsleute getarnt, erhalten ausländische Nachrichtendienstangehörige direkt oder über ihre persönlichen Beziehungen Zugang zu Entscheid- und Geheimnisträgern in den Bereichen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Die heutigen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme über soziale Netzwerke erleichtern zum Teil diese Arbeit massiv. Ausländische Nachrichtendienstangehörige können – sei es über reale, sei es über virtuelle Kanäle – somit erste Informationen sammeln und Personen kontaktieren, ohne sich verdächtig zu machen. Ausländische Nachrichtendienstangehörige besuchen häufig öffentliche Veranstaltungen und halten Ausschau nach Zielpersonen, wofür alle Informationsträger in Frage kommen. Auch Dolmetscher und Übersetzer können Zugang zu vertraulichen Informationen gewinnen, ebenso können Stagiaires und Doktoranden für ausländische Nachrichtendienste wertvolle Informationen sammeln.

### **Schweiz durch sogenannte Drittlandtreffen betroffen**

Führungsoffiziere eines Nachrichtendienstes führen einen oder mehrere Agenten, das heisst sie erteilen Aufträge, unterstützen die Agenten bei der organisatorischen Vorbereitung und Ausführung dieser Aufträge, nehmen die so gewonnenen Informationen entgegen, entschädigen die Agenten und halten die Verbindung zu ihrem Dienst beziehungsweise zu einer Führungsstelle. Führungsoffiziere arbeiten in aller Regel unter einer aufwendig aufgebauten Legende, die keinen Rückschluss auf ihre tatsächliche Herkunft und Tätigkeit zulässt. Treffen zwischen Führungsoffizieren und Agenten finden oft in Drittländern statt – also in einem Land, das für keinen der Teilnehmer oder keine Teilnehmerin das Herkunftsland ist. Man nennt solche Treffen deswegen „Drittlandtreffen“.

Drittlandtreffen – auch in der Schweiz – erschweren die Aufdeckung durch gegnerische oder lokale Nachrichtendienste, insbesondere wenn die zur Verfügung stehenden Massnahmen in der Spionageabwehr eingeschränkter sind als in anderen Ländern. Den Agenten in ein ihm unbekanntes Gebiet zu führen, gewährt dem Führungsoffizier mehr Sicherheit für den Fall, dass der Agent als Doppelagent, das heisst heimlich auch für einen anderen Nachrichtendienst arbeitet. Zugleich wird aber auch der Agent geschützt, wenn seine Anwesenheit im Ausland unverdächtig ist und unvorhergesehene Begegnungen mit Bekannten bei Treffen mit seinem Führungsoffizier unwahrscheinlich sind. Das Sicherheitsrisiko und die politischen Folgen einer eventuellen Identifizierung oder Ver-

haftung des Führungsoffiziers oder des Agenten werden bei der Wahl des Landes sorgfältig abgewogen. In dieser Hinsicht bietet die Schweiz fremden Diensten einen besseren Rahmen als manche andere Länder, in denen strafrechtliche und politische Folgen schwerer wiegen oder schwieriger vorhersehbar sind.

## BEURTEILUNG

### Trend hin zur Cyberspionage setzt sich fort

Der NDB hatte schon vor der Snowden-Affäre Hinweise darauf, dass Nachrichtendienste mehrerer Staaten hier ansässige schweizerische und internationale Institutionen sowie Nichtregierungsorganisationen über elektronische Netzwerke ausforschen und gezielt angreifen. Basierend auf der Herkunft der Angriffe und einer vertieften Analyse der angewandten Methoden, des Komplexitätsgrads der Angriffe, der Opfer und der Art der beschafften Informationen, gibt es klare Hinweise darauf, dass Behörden verschiedener Länder direkt oder indirekt in solche Cyberangriffe involviert waren. So ist es plausibel, dass Nachrichtendienste mehrerer grosser Staaten weitreichende Hackerangriffe im Rahmen der Überwachung der politischen Opposition im Ausland orchestrieren. Auch wurden bei einigen Cyberangriffen finanzielle Mittel und analytische Fähigkeiten eingesetzt, die weit über die Möglichkeiten cyberkrimineller Organisationen oder Hackergruppen hinausgehen. Überdies haben die bei solchen Attacken entwendeten Daten – mit Ausnahme der Wirtschaftsspionage – im kriminellen Umfeld keinen ökonomischen Wert, sondern sind ausschliesslich für Kunden aus Regierungskreisen von Bedeutung.

Ein Teil dieser Cyberangriffe kann auch Einzelpersonen oder privaten Gruppen zugeschrieben werden. Diese können von Staaten unterstützt oder von staatlich dominierten Unternehmen angestellt werden, oder sie handeln

auf eigene Initiative, um anschliessend die gestohlenen Daten zu verkaufen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass staatliche Stellen punktuell eng mit selbstständig operierenden Hackern kooperieren. Die spezifischen Eigenschaften der entwendeten Daten lassen in einigen Fällen vermuten, dass den Hackern die Abnehmer jeweils bekannt waren, und dass jene über beträchtliche technische Mittel und analytische Fähigkeiten zur Auswertung der gestohlenen Daten verfügen.

### Aktivitäten zielen ins Herz der Kommunikationstechnologien

Zu diesen verschiedenen Arten von Cyberspionage ist nun, wie im Schwerpunktbeitrag beschrieben, ein weiterer Aspekt verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt: Produzenten von Kommunikationshardware und -software und Betreiber von Kommunikationsnetzwerken werden direkt von ihren Herkunftsstaaten benützt, um Informationen in Drittstaaten zu beschaffen. Sie können sich dessen bewusst sein oder nicht. Stand 2012 noch eine chinesische Firma, die in der Schweiz die Netzwerkinfrastruktur eines grossen schweizerischen Telekommunikationsdienstleisters betreibt, im Fokus der Öffentlichkeit, waren dies 2013 in der Folge der Snowden-Affäre insbesondere amerikanische Firmen. Sie sollen mehr oder weniger freiwillig amerikanischen Nachrichtendiensten bei der Spionage geholfen haben. Auch für andere Länder mit einer starken

Telekommunikationsbranche mit Zugriff auf wichtige Kommunikationswege und grossen Nachrichtendiensten könnte Ähnliches zutreffen.

### **Bekämpfung der Spionage aufwendig und derzeit nur begrenzt möglich**

Spionageabwehr hat die Aufgabe, Spionageaktivitäten nach Möglichkeit zu verhindern oder dann aufzudecken und einzugrenzen. Dies kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Traditionellerweise gibt es in allen Staaten im Bereich der Spionageabwehr relativ wenig Fälle, in denen ein als Spion enttarnter Diplomat in aller Öffentlichkeit ausgewiesen wird, zum Beispiel als sogenannte *Persona non grata*. Daneben gibt es weniger Aufsehen erregende Möglichkeiten, enttarnte Agenten dazu zu bewegen, das Land zu verlassen. Mit solchen Mitteln hat die Schweiz einzelne Erfolge realisieren können. Im Bereich der inneren Sicherheit erfüllt der NDB die Aufgaben des präventiven Staatsschutzes und damit der Spionageabwehr. Für die Informationsbeschaffung gemäss Art. 14 Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) stehen allerdings gerade im Cyberbereich nur eng begrenzte rechtliche und personelle Mittel zur Verfügung. So darf der NDB im Inland keine Telekommunikationsverbindungen abhören, nicht in Informatiknetzwerke eindringen und keine Privaträume überwachen. Das neue Nachrichtendienstgesetz schlägt hier in beschränktem Rahmen stärkere Massnahmen vor.

## AUSSICHTEN

---

### **Zu schützende Informationen sind neu zu definieren**

Neben den bereits genannten Massnahmen zur Verstärkung der Spionageabwehr gilt es zum einen technische Schutzmittel zu nutzen. Diese reichen von der Verwendung von Stand-alone-Computern oder der physischen und nicht elektronischen Aufbewahrung besonders kritischer Informationen bis zum Aufbau eigener Netze. Zum anderen ist es notwendig, wieder vermehrt jene Informationen zu identifizieren, die besonders geschützt werden müssen. Im Sinn der in der Strategie des Bundesrates zum Schutz vor Cyberrisiken postulierten Risikoabwägung und -reduktion können für diese technische und insbesondere organisatorische Massnahmen getroffen werden. Für die breite Masse der Informationen wird ein absoluter Schutz vor Zugriff durch unbefugte Dritte angesichts der weiter fortschreitenden Vernetzung wohl nie mehr machbar sein.

### **Wichtige Rolle der Prävention**

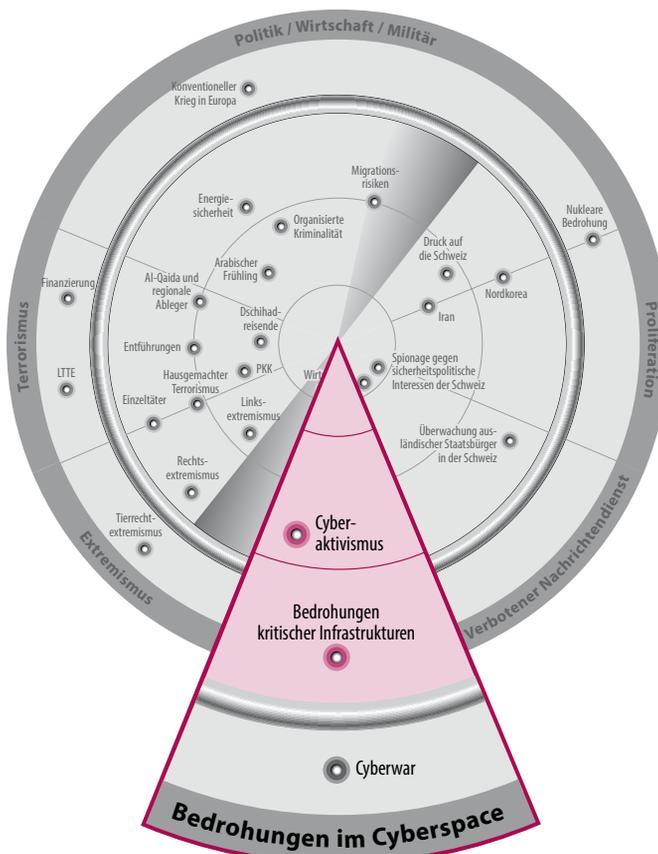
Aufklärung und Strafverfolgung im Bereich des verbotenen Nachrichtendienstes sind langwierig und komplex. Neben der Spionage durch Externe können auch Innentäter – eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch solche von im Betrieb tätigen Drittfirmen – potenziell grossen Schaden anrichten. Deshalb spielt die Prävention in der Spionageabwehr eine zentrale Rolle.

Der NDB ist gesetzlich beauftragt, Präventionsmassnahmen gegen die Spionagetätigkeiten ausländischer Nachrichtendienste zu treffen. Das Programm Prophylax des NDB ist eine dieser Präventionsmassnahmen. Damit sensibilisiert der NDB Unternehmen sowie Forschungs- und höhere Bildungsinstitute für die Risiken der Spionage, des Informationsabflusses und der Proliferation. Während im Rahmen von Prophylax der NDB und seine Vorgängereinrichtungen mittlerweile über tausend Firmen in proliferationsrelevanten und anderen High-Tech-Bereichen ansprechen konnten, legt der NDB aktuell einen besonderen Schwerpunkt auf Hochschulen im Bereich der Spitzentechnologie. Um den Herausforderungen im Forschungsbereich zu entsprechen, werden deshalb seit Anfang 2013 Präventions- und Sensibilisierungsaktivitäten auch spezifisch auf die Hochschulen ausgerichtet. Damit soll der Forschungsplatz Schweiz in Zusammenarbeit mit den Schweizer Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Kampf gegen verbotenen Nachrichtendienst, Informationsabfluss und Proliferation besser unterstützt werden. ■



# Angriffe auf Schweizer Informationsinfrastrukturen

Viele Dienstleistungen werden heute über elektronische Kanäle angeboten und genutzt. Damit wachsen die Präsenz aller Akteure im Internet und die Abhängigkeit der kritischen Infrastrukturen von solchen Informations- und Kommunikationstechnologien. Zusätzlich nehmen die Bedrohungen im Cyberraum zum Beispiel durch Angriffe mit Betrugs- beziehungsweise Bereicherungsabsichten oder Wirtschaftsspionage zu. Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen können besonders gravierende Folgen haben, weil sie lebenswichtige Funktionen wie zum Beispiel die Stromversorgung oder Telekommunikationsdienste beeinträchtigen oder fatale Kettenreaktionen auslösen können. Der Einbezug der Wirtschaft, insbesondere der Betreiber kritischer Infrastrukturen als Erbringer von Leistungen mit übergeordneter sicherheitsrelevanter Bedeutung, der IKT-Leistungserbringer und der Systemlieferanten, in eine Strategie zum Schutz vor Cyberrisiken ist deshalb essenziell.



## LAGE

### Hohe Verwundbarkeit der vernetzten Gesellschaft gegenüber Cyberisiken

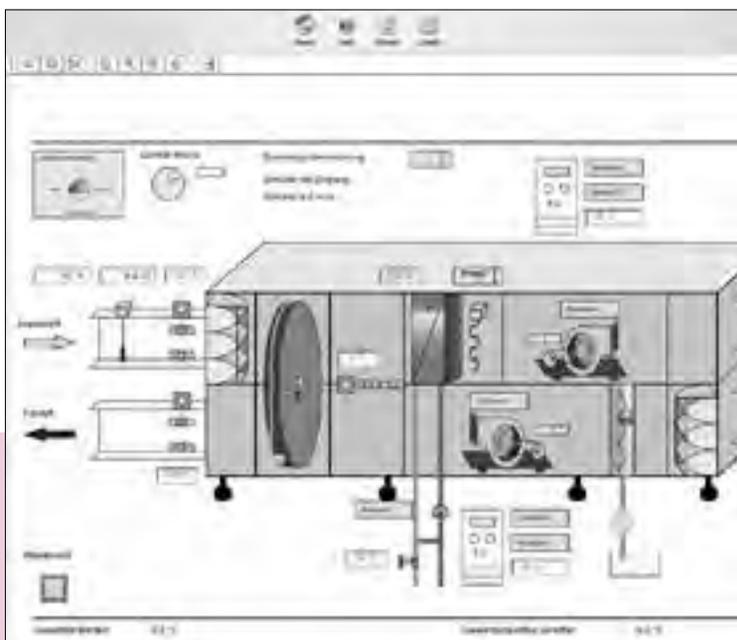
Wie im Schwerpunktbeitrag zur Informationssicherheit ausgeführt, hat durch die globale digitale Vernetzung die Verwundbarkeit gegenüber Störungen, Manipulationen und Angriffen für kriminelle, nachrichtendienstliche, terroristische oder militärische Zwecke zugenommen. Es ist davon auszugehen, dass der dahinter liegende Trend – die zunehmende Vernetzung und damit die wachsende Komplexität der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen – anhalten wird. Insbesondere die unter dem Stichwort „Big Data“ bekannten sehr grossen Datenmengen aus vielfältigen Quellen, die mit immer komplexeren Technologien erfasst, verteilt, analysiert und visualisiert werden, bieten neue Angriffspunkte.

### Schwachpunkt industrielle Steuerungsanlagen

Eine besonders kritische Stelle der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen stellen industrielle Steuerungsanlagen dar, die im-

mer häufiger, vor allem für Ferndiagnose- und Wartungszwecke, mit dem Internet verbunden sind. Die Sicherheit solcher Anlagen wird nicht nur von Experten vermehrt thematisiert. Angriffe auf industrielle Steuerungsanlagen werden häufiger, weil immer mehr Softwarewerkzeuge angeboten werden, die es Angreifern ermöglichen, solche Systeme aufzuspüren und in sie einzudringen. Spezielle Kenntnisse sind dabei nicht notwendig. Demgegenüber steht eine Vielzahl von Betreibern von industriellen Steuerungsanlagen, die den Fokus bislang primär auf die funktionelle Stabilität und eine hohe Verfügbarkeit und weniger auf den Schutz vor Manipulation gelegt haben. Das mag auch daran liegen, dass viele gar keine Kenntnis darüber haben, ob die Systeme etwa vom Lieferanten an das Internet angeschlossen worden sind. Zudem programmieren viele Hersteller fest codierte Universalpasswörter in die Applikation, damit der Hersteller auch bei einem Verlust der Zugangsdaten auf die Systeme zugreifen kann.

Bei vielen Vorfällen mit industriellen Steuerungsanlagen ist Schadsoftware im Spiel. Die-



Beispiel einer Anwendung zur Steuerung von Gebäuden (Building Management System)

se ist meist nicht speziell gegen das infizierte System gerichtet, hat aber zur Folge, dass das System nicht mehr stabil läuft. Dies kann bei industriellen Steuerungsanlagen gravierende Folgen haben. Die Ursache ist meist, dass Kontroll- und Büroautomationsnetzwerke nicht strikt getrennt werden. Auch ist die Möglichkeit oft problematisch, dass zum Beispiel ein Mitarbeiter USB-Speichergeräte oder fremde Mobilcomputer anschliessen kann, weil die notwendigen Regelungen oder technischen Hürden weitgehend fehlen. Auch wenn viele dieser Steuerungsanlagen nicht kritischen Infrastrukturen dienen, muss ihrem Schutz mehr Bedeutung zugemessen werden.

#### **Trend zu hartnäckigen und lang dauernden Angriffen setzt sich fort**

Bei gezielten und professionellen Angriffen auf Unternehmen oder staatliche Stellen handelt es sich mittlerweile meist um sogenannte Advanced Persistent Threats (APT). Angreifer versuchen dabei hartnäckig und auf unterschiedlichste Art, in Systeme einzudringen, um sich dort auf Dauer einzunisten und unbemerkt ihre schädlichen Aktivitäten zu entfalten. Oft erfolgt die ursprüngliche Infektion über Attacken, bei denen die Gutgläubigkeit von gezielt ausgesuchten Opfern innerhalb einer Organisation ausgenützt wird (Spear-Phishing) oder durch die Infektion von spezifischen Webseiten, die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Organisation von Interesse sind. Anschliessend werden Hintertüren (Backdoors) eingerichtet und Administratorenrechte erschlichen. Ziel ist es, längere Zeit unbemerkt im Netzwerk zu

bleiben, sich dort unbemerkt zu bewegen, auf Daten zuzugreifen und sie möglicherweise zu manipulieren. Um solche Attacken erfolgreich durchzuführen, ist ein erheblicher Aufwand nötig, weshalb oft staatliche Akteure hinter den Attacken vermutet werden. Aber auch kriminelle Gruppierungen oder Einzelpersonen mit viel Zeit und hoher Motivation sind als Täterschaft nicht auszuschliessen, sofern Aussicht auf Verkauf der gesammelten Daten an Dritte besteht.

## BEURTEILUNG

---

### **Beeinträchtigung lebenswichtiger Funktionen**

Sehr viele Dienstleistungen werden heute über elektronische Kanäle angeboten und genutzt. Damit wächst die Präsenz aller Akteure im Internet und ihre Abhängigkeit von kritischen Infrastrukturen. Die Wirtschaft ist somit stark Cyberrisiken ausgesetzt und etwa durch Angriffe mit Betrugs- beziehungsweise Bereicherungsabsichten oder Wirtschaftsspionage verwundbar. Der Einbezug der Wirtschaft, insbesondere der Betreiber kritischer Infrastrukturen, der IKT-Leistungserbringer und Systemlieferanten, in eine Strategie zum Schutz vor Cyberrisiken ist deshalb essenziell. Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen können besonders gravierende Folgen haben, weil sie lebenswichtige Funktionen beeinträchtigen oder fatale Kettenreaktionen auslösen können. Den – oft privaten – Betreibern kritischer Infrastrukturen kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie übergeordnete und sicherheitspolitisch relevante Leistungen erbringen.

### **Ständiger Druck auf sensible Daten**

Bei gezielten Spionageangriffen handelt es sich längst nicht mehr um Einzelereignisse oder einzelne Spionagekomplexe. Vielmehr besteht ein ständiges Interesse und demzufolge ein ständiger Druck auf sensible Daten. Davon ist auch die Schweiz betroffen, da gerade hier sehr viele Spitzenunternehmen ansässig sind, die über Know-how oder Informationen von grossem Wert verfügen.

Neben den gängigen und nötigen technischen Sicherheitsmassnahmen sind aber auch organisatorische Massnahmen notwendig. Zudem muss Prävention grundsätzlich und unabhängig von den neusten Vorfällen immer eine hohe Priorität haben und beispielsweise über eine Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen, die unter anderem im sorgsamem Umgang mit E-Mails und Internet geschult werden müssen.

Die Angriffe sind selten einer bestimmten Täterschaft zuzuordnen. Geografisch können sie zwar teilweise ziemlich genau lokalisiert werden. Dass der entsprechende Staat für die Angriffe verantwortlich ist, ist aber in den seltensten Fällen zweifelsfrei nachweisbar.

Bemerkenswert ist zudem, dass zum Teil für diese Spionageangriffe Mittel und Infrastrukturen eingesetzt wurden, die auch im Zusammenhang mit rein kriminellen Vorgängen auftauchten. Offensichtlich werden kriminelle Mittel und Infrastrukturen nicht nur direkt zur eigenen Bereicherung eingesetzt, sondern die Täterschaft agiert auch im Interesse, etwa zur Spionage, und im Sold gewisser Staaten.

### **Nationale Strategie gegen Cyberrisiken in der Umsetzung**

Der Schutz der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen vor Störungen und Angriffen liegt im nationalen Interesse der Schweiz. Zwar wurden in den letzten Jahren Massnahmen getroffen, um die Risiken im Cyberbereich zu reduzieren. Es hat sich aber

gezeigt, dass diese nicht in allen Fällen genügen. Weil mit einer weiteren Zunahme von Störungen und Angriffen auf Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen zu rechnen ist, verabschiedete der Bundesrat im Juni 2012 eine nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken (NCS) sowie eine Strategie zum Schutz der kritischen Infrastrukturen. Als wesentlich für die Reduktion von Cyberrisiken bezeichnet die NCS das Handeln in Eigenverantwortung und die nationale Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Behörden sowie die Kooperation mit dem Ausland. Die Cyberrisiken sollen in Zusammenarbeit mit Behörden, Wirtschaft und den Betreibern kritischer Infrastrukturen minimiert werden.

Im Mai 2013 hat der Bundesrat den Umsetzungsplan NCS gutgeheissen, der die Umsetzung der Cyberstrategie beschreibt. Den Handlungsbedarf deckt die Strategie mit 16 Massnahmen ab, die bis 2017 umzusetzen sind. Der Umsetzungsplan konkretisiert die Massnahmen und beschreibt die zu erreichenden Umsetzungsergebnisse in den Bereichen Prävention, Reaktion, Kontinuitäts- und Krisenmanagement sowie unterstützende Prozesse. Auch klärt der Umsetzungsplan die Verantwortung und die Zusammenarbeit, basierend auf den heutigen Strukturen in Verwaltung und Wirtschaft mit ihren bereits bestehenden Ressourcen und Prozessen. Der Umsetzungsplan zeigt jedoch auch auf, dass eine personelle Verstärkung im Fachbereich Cyber notwendig ist. So werden in der Bundesverwaltung zusätzliche Stellen für Cyberschutzexperten und -expertinnen geschaffen.

Obwohl die Strategie den Kriegs- und Konfliktfall explizit ausklammert, soll die Armee mit ihren Fähigkeiten zur Minimierung von Cyberrisiken dort einbezogen werden, wo sie die verantwortlichen Ämter unterstützen kann. Diese Unterstützung basiert auf dem bewährten Grundsatz des subsidiären Einsatzes der Armee im Umfeld der Katastrophenhilfe.

### **Ausbau von Melani mit operativ-nachrichtendienstlichen Kompetenzen**

Die im Eidgenössischen Finanzdepartement und im NDB angesiedelte Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) erfüllt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Strategiemassnahmen. Sie ist insbesondere die Informationsdrehscheibe zur fortlaufenden Koordination, Auswertung und Weiterleitung des Informationsflusses im Zusammenhang mit der Bewältigung von Cyberrisiken. Mit Abschluss der Umsetzung Ende 2017 soll Melani eine Leit- und Koordinationsfunktion im operativen Bereich übernehmen.

Weil das Thema des Schutzes vor Cyberrisiken viele Aufgabenbereiche des Bundes betrifft und die Strategie dezentral umgesetzt wird, hat ein neu geschaffener Steuerungsausschuss NCS den Auftrag, die Umsetzung der Massnahmen in der Bundesverwaltung und in Zusammenarbeit mit den Kantonen und der Wirtschaft zu koordinieren. Dieser Steuerungsausschuss hat auch die Aufgabe, die Entwicklung der Cyberrisiken zu verfolgen und dem Bundesrat Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Strategie vorzulegen.

## AUSSICHTEN

### Informationssicherheit von verschiedener Seite unter Druck

Die aktuellen Angriffe durch Schadsoftware wie Red October, Mini Duke oder Net Traveller zeigen einmal mehr auf, dass es um ein dauerndes Interesse am Zugang zu Systemen, Daten und Informationen geht. Der Druck auf sensible Daten und Systeme nimmt laufend zu. Dabei ist es für die Täter möglich, Spionageinfrastrukturen jahrelang unerkannt zu betreiben. Es ist deshalb bei aktuellen Fällen jeweils davon auszugehen, dass bereits weitere, noch nicht entdeckte Spionagesoftware platziert wurde und entweder parallel benutzt oder aber für den Fall der Aufdeckung eines Angriffs als Ersatz bereitgehalten wird, um einmal infiltrierte Systeme und Netzwerke weiterhin aushorchen oder sabotieren zu können.

Wenn man diese Angriffe um die im Schwerpunktbeitrag diskutierte Bedrohung durch die flächendeckende Kommunikationsüberwachung

einzelner Nachrichtendienste ergänzt, zeigt es sich, dass die Informationssicherheit unter Dauerangriff steht und sich die Risikoeinschätzung im Informationssicherungsprozess verschärft.

### Zentrale Rolle der Nachrichtendienste im Erkennen der Fallkomplexe

Die Täterschaft gibt sich oft nicht mit einem einzigen Angriff zufrieden, da insbesondere elektronische Spionage ein langwieriger Prozess ist. Sie lebt davon, Quellen aufzubauen, abzuschöpfen und ständig neue zu platzieren. Einzelne Ereignisse im Cyberbereich können sich bei genauerer Betrachtung oft als grössere Fallkomplexe erweisen. Solche Verknüpfungen sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich herzustellen und damit eine wirksame Bekämpfung der Bedrohungen zu ermöglichen, ist das Ziel von NDB und Melani. So wird der NDB neben anderen Bundesstellen ab 2014 seine Kapazitäten im Cyberbereich im Rahmen der Umsetzungsplanung der Cyberstrategie des Bundes ausbauen.

Wie die Cyberstrategie aufzeigt, sind ohne starke und fokussierte nachrichtendienstliche Komponente bei der Erkennung, Auswertung, Einschätzung und Abwehr von Cyberangriffen Erfolge nur schwer möglich. Die zunehmende Vernetzung und die immer grösseren Möglichkeiten in Netzwerke einzudringen, ermöglichen es selbst rein finanziell motivierten Kriminellen, eine staatsgefährdende oder schädigende Handlung auszuführen. Es hat sich im Rahmen



Der Halbjahresbericht von Melani ist im Internet verfügbar ([www.melani.admin.ch](http://www.melani.admin.ch))

der Snowden-Affäre bestätigt, dass Staaten und ihre Nachrichtendienste verstärkt auf die Möglichkeiten von Cyberangriffen zurückgreifen.

### **Schutz gegen Cyberrisiken ist Querschnittsaufgabe**

Der Umgang mit Cyberrisiken ist – nicht erst seit dem Medienecho zur Snowden-Affäre – eine Querschnittsaufgabe, die von der Wirtschaft, den meist privaten Betreibern kritischer Infrastrukturen, den Leistungserbringern im Informations- und Kommunikationsbereich, den Systemlieferanten und den Behörden auf kantonaler sowie Bundesebene wahrgenommen werden muss. Diese muss als Teil eines integralen Geschäfts-, Produktions-, oder Verwaltungsprozesses verstanden werden. In diese Prozesse sind alle Akteure von der administrativ-technischen bis hin zur strategisch-politischen Ebene einzubeziehen. Ein wirksamer Umgang mit Gefahren und Bedrohungen aus dem Netz setzt die Erkenntnis voraus, dass bestehende Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Behörden, Wirtschaft und Bevölkerung eine Cyberausprägung haben. Jede Organisationseinheit aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft trägt die Verantwortung, diese Cyberausprägung zu erkennen, die damit einhergehenden Risiken in ihren jeweiligen Prozess aufzunehmen und damit zu reduzieren. ■



# Abkürzungsverzeichnis

AAS	Ansar al-Scharia
ALF	Animal Liberation Front
Amisom	Militärmission der afrikanischen Union in Somalia
APT	Advanced Persistent Threats
AQAH	al-Qaida auf der arabischen Halbinsel
AQIM	al-Qaida im islamischen Maghreb
BWIS	Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit
FAI	Federazione Anarchica Informale
IAEA	Internationale Atomenergiebehörde
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IT	Informationstechnik
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
Melani	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
Minusma	Multidimensional Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali
MND	Militärischer Nachrichtendienst
Mujao	Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest
NCS	Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken
NDG	Nachrichtendienstgesetz
NPT	Atomwaffensperrvertrag / Nuclear Non-Proliferation Treaty
NSA	National Security Agency
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
OPCW	Organisation für das Verbot von chemischen Waffen
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAS	Revolutionärer Aufbau Schweiz
RAZ	Revolutionärer Aufbau Zürich
SHAC	Stop Huntingdon Animal Cruelty
SRI	Secours Rouge International
SVP	Schweizerische Volkspartei
USBV	unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung
WEF	Weltwirtschaftsforum / World Economic Forum



## **Redaktion**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB

## **Redaktionsschluss**

---

Februar 2014

## **Kontaktadresse**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB  
Papiermühlestrasse 20  
CH-3003 Bern  
E-Mail: [info@ndb.admin.ch](mailto:info@ndb.admin.ch)  
Telefon: +41 (0)58 463 95 84  
[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch)

## **Vertrieb**

---

BBL, Verkauf Bundespublikationen,  
CH-3003 Bern  
E-Mail: [verkauf.zivil@bbl.admin.ch](mailto:verkauf.zivil@bbl.admin.ch)  
[www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch)  
Art.-Nr. 503.001.14d  
ISSN 1664-4670

## **Copyright**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2014



**SICHERHEIT SCHWEIZ**

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

Telefon: +41 (0)58 463 95 84

[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch) / [info@ndb.admin.ch](mailto:info@ndb.admin.ch)